

Diese Zeitung erscheint jede Woche Samstags. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingeschrieben in die Postzeitungsliste Nr. 5482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3. Spalte. Bestelle. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 35815 Postfachamt Hannover.

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. S. Meißner & Co. beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover. Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, II. — Fernsprech-Anschluß 5 22 81.

Unsere Tarifverträge im Jahre 1928.

Die Erweiterung, die das Arbeitsgebiet unseres Verbandes erfahren hat, sei es durch die Erfassung neuer Betriebe oder durch die Bearbeitung neuer Bezirke, zeigt sich auch in der Steigerung der Zahl der im Jahre 1928 abgeschlossenen oder erneuerten Tarifverträge. Die Zahl der Lohnbewegungen ist im Jahre 1928 etwas geringer gewesen als 1927; die Zahl der Tarifverträge ist dagegen um mehr als 100 gestiegen. Das hat unter anderem auch wohl seinen Grund darin, daß im Jahre 1928 mehr Rahmentarife abließen als im Vorjahre, in dem das Bestreben, zuerst die Grundlöhne zu verbessern und die zurückgebliebenen Löhne aufzuholen, mehr zum Ausdruck kam.

Am 1. Januar 1928 hatten wir einen Bestand von 685 Tarifverträgen. Die Entwicklung des Tarifwesens in unserem Verbands während des Jahres 1928 spiegelt sich in folgender Tabelle wider:

Am 1. Januar 1928 bestanden noch	Tarifverträge	Betriebe	Zahl der beschäftigten Personen		Davon waren Mitglieder unseres Verbandes	
			Insgesamt	davon weiblich	Insgesamt	davon weiblich
Neu abgeschlossen od. erneuert wurden	284	3078	328 782	80 609	173 379	38 534
Durch Ablauf oder aus ander. Gründen erledigten sich	167	2917	248 513	64 010	114 859	26 809
Bestand am 31. Dezember 1928	802	9991	790 228	190 325	417 341	89 311

Wir sehen also, daß am 1. Januar 1927 ein Bestand von 802 Tarifverträgen angegeben wird, mithin gegen Schluß des Jahres 1927 ein Mehr von 117. Auch die Zahl der Betriebe, in denen die Arbeitsbedingungen tariflich geregelt waren, hat eine Steigerung erfahren, und zwar um 156, denn Ende 1927 waren es 9835 Betriebe, Ende 1928 aber 9991. In diesen 9991 Betrieben arbeiteten Ende 1928 790 228 Personen, von denen 190 325 weiblichen Geschlechts waren. Als Mitglieder unseres Verbandes bezeichneten sich von den beschäftigten Personen 417 341, von denen 89 311 Frauen waren. Das ist ein erfreulicher, wenn auch nur geringer Fortschritt gegen das Vorjahr, in dem von 711 959 tariflich erfassten Personen 358 821 Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes waren, also 50,4 Prozent. Im Jahre 1928 stieg dieser Prozentsatz auf 52,8. Hier stoßen wir wieder auf die bei der Betrachtung der Lohnbewegungen gemachte Beobachtung, daß es immer 50 bis 60 Prozent der Arbeiterschaft sind, die mit Bewußtsein an der Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen arbeiten, während die anderen 40 bis 50 Prozent als „Raffauer“ die Früchte fremder Arbeit genießen. Sicher sind viele von den in den tariflich geregelten Betrieben Beschäftigten, die nicht Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes waren, in anderen Verbänden organisiert. Es handelt sich bei diesen Betrieben aber hauptsächlich doch um solche Werke, für die in erster Linie unsere Organisation zuständig ist, und von diesem Standpunkt aus gesehen, ist der Prozentsatz der bei uns organisierten Personen immer noch zu gering.

An der Beseitigung dieses Ubelstandes muß mit verstärkter Energie gearbeitet werden. Ebenso muß es gelingen, die Zahl der Tarifverträge noch weiter herabzubringen, die verloren gingen, weil in den betreffenden Betrieben die Organisationsverhältnisse so schlecht waren, daß eine Erneuerung der Tarifverträge nicht möglich war. Das war im Berichtsjahre in vier Betrieben der Fall, 1927 waren es fünf, aber auch diese vier Fälle sind ein betrübendes Zeichen für die Indifferenz mancher Arbeiter, denen der ungeheure Fortschritt immer noch nicht klar geworden ist, den der Kollektivvertrag gegenüber dem Einzelarbeitsvertrag bedeutet. Und dabei sind diese Indifferenten meist auch die schwächsten Arbeiter, die allein dem Unternehmer nie so günstige Arbeitsbedingungen abtrotzen können wie es eine starke Organisation vermag.

Von den 167 erledigten Tarifverträgen konnten 120 erneuert werden; sie sind denn in der Gesamtzahl mit enthalten. 27 gingen in anderen Verträgen auf, durch Stilllegung der Betriebe endeten 11, ohne Angabe von Gründen 5 und 4, wie bereits erwähnt, der schlechten Organisationsverhältnisse wegen. 404 Tarifverträge konnten durch Vereinbarung von Nachträgen ergänzt werden, die für 430 200 Personen Gültigkeit hatten.

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung des Tarifvertragswesens in unserem Verbands seit dem Jahre 1921. Um einen Vergleich mit der Vorkriegszeit zu ermöglichen, sind die entsprechenden Zahlen für das letzte Vorkriegsjahr angegeben:

Jahr	Tarifverträge	Zahl der Betriebe	Beschäftigten
1913	465	789	42 000
1921	925	9 193	707 242
1922	853	10 277	718 151
1923	680	9 669	697 717
1924	591	9 648	658 026
1925	545	9 216	725 677
1926	529	8 712	654 460
1927	685	9 853	711 959
1928	802	9 991	790 228

Es ist ersichtlich, daß die Zahl der Tarifverträge im Vergleich zum Jahre 1913 sich noch nicht verdoppelt hat, abgesehen von den Rekordzahlen der Inflationsjahre, die ja aber auch eine hoffentlich nie wiederkehrende Ausnahme darstellen. Die Zahl der Beschäftigten in diesen tariflich erfassten Betrieben ist um mehr als das 18fache gestiegen. Das

Arbeiterbewegung und Sozialpolitik.

Die Sozialdemokratie hat immer betont, daß ihre Tätigkeit vor allem den Stein der sozialen Reformen ins Rollen gebracht habe. Das ist richtig. Die Sozialdemokratie vertritt ein mächtiges und großes Klasseninteresse. Schmöller.

Wenn es keine Sozialdemokraten gäbe und sich nicht eine Menge Leute vor ihnen fürchteten, würden die mächtigen Fortschritte, die wir in der Sozialreform gemacht haben, überhaupt nicht gemacht worden sein. Bismarck.

zeigt am besten, wie weit die Organisation und die Konzentration bei den Unternehmern durchgeführt wurde.

Wieviel Personen auf einen Tarifvertrag und auf einen tariflich geregelten Betrieb entfallen, zeigt die nächste Aufstellung. Es sind zum Vergleich ebenfalls die entsprechenden Zahlen des Jahres 1913 mit angefügt:

Jahr	Es entfallen Beschäftigte	
	auf einen Tarifvertrag	auf einen tariflich geregelten Betrieb
1913	90	53
1921	765	77
1922	842	70
1923	1107	72
1924	1113	68
1925	1188	75
1926	1237	81
1927	1039	72
1928	985	79

Die Zahl der auf einen Tarifvertrag entfallenden Personen ist weiter zurückgegangen. Das steht im Einklang mit der verhältnismäßig starken Steigerung der Zahl der Tarifverträge überhaupt. Die Zahl der tariflich geregelten Betriebe ist aber nicht so sehr gestiegen, so daß sich bei der Verteilung des größeren Kreises der tariflich erfassten Personen eine größere Anzahl von Beschäftigten für einen tariflich geregelten Betrieb ergibt.

Die folgende Aufstellung zeigt nun, wie sich die wichtigsten Industriezweige unseres Organisationsgebietes in die Zahl der Tarifverträge, der tariflich geregelten Betriebe und in die Zahl der in diesen Betrieben Beschäftigten teilen. Die keramische Industrie behauptet ihren Spitzenplatz, sowohl in bezug auf die Zahl der Tarifverträge wie der Betriebe und der Zahl der Beschäftigten. In dieser Industrie gibt es noch unverhältnismäßig viel Kleinbetriebe, daher die auffallend hohe Zahl der Tarifverträge und Betriebe. Dagegen zeigen die Angaben für die chemische Industrie die fortgeschrittene Konzentration dieser Industrie. Am deutlichsten zeigen aber die Zahlen für die Papier- und für die Nahrungsmittelindustrie, wieviel sich auf tarifpolitischem Gebiete seit 1907 geändert hat.

1. Chemische Industrie.

Jahr	Zahl der Tarifverträge	Anzahl der Betriebe	Zahl der Beschäftigten
1907	24	24	2 322
1921	152	2832	342 444
1922	130	2700	336 042
1923	102	2665	319 320
1924	95	2701	299 372
1925	79	2396	290 663
1926	75	2107	253 494
1927	84	2209	266 189
1928	91	2051	269 649

Davon waren Mitglieder unseres Verbandes 115 489.

2. Keramische Industrie.

Jahr	Zahl der Tarifverträge	Anzahl der Betriebe	Zahl der Beschäftigten
1907	34	96	2 913
1921	377	3014	119 442
1922	353	4007	161 145
1923	253	3600	154 603
1924	247	3988	157 284
1925	228	3803	151 162
1926	248	4801	239 652
1927	376	5167	277 769
1928	450	5647	332 218

Bei uns waren davon 201 394 organisiert.

3. Papierindustrie.

Jahr	Zahl der Tarifverträge	Anzahl der Betriebe	Zahl der Beschäftigten
1907	4	4	2 173
1921	85	1102	114 500
1922	81	1372	117 292
1923	68	1299	114 428
1924	58	1202	102 888
1925	55	809	94 817
1926	59	807	98 530
1927	78	1209	98 309
1928	82	964	109 199

Davon waren 62 065 im Fabrikarbeiterverband organisiert.

4. Nahrungsmittelindustrie.

Jahr	Zahl der Tarifverträge	Anzahl der Betriebe	Zahl der Beschäftigten
1907	1	26	4 360
1921	174	1042	101 143
1922	149	997	80 787
1923	113	907	85 812
1924	103	867	76 083
1925	95	780	69 079
1926	92	717	56 036
1927	84	696	58 638
1928	110	741	64 714

Davon waren 29 865 Mitglieder unseres Verbandes.

5. Spielwarenindustrie.

Jahr	Zahl der Tarifverträge	Anzahl der Betriebe	Zahl der Beschäftigten
1907	—	—	—
1921	22	585	7738
1922	20	583	7654
1923	19	433	7968
1924	13	420	7095
1925	8	157	3383
1926	6	209	3215
1927	6	323	3137
1928	7	323	3259

Hier wurden 2098 Mitglieder unseres Verbandes gezählt.

6. Blumen-, Wäfler- und Federnindustrie.

Jahr	Zahl der Tarifverträge	Anzahl der Betriebe	Zahl der Beschäftigten
1907	—	—	—
1921	17	322	7222
1922	15	320	6951
1923	10	264	6808
1924	11	261	6859
1925	10	154	3989
1926	8	160	3415
1927	13	164	4404
1928	16	177	5990

Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes waren davon 3055.

7. Sonstige Industrien.

Jahr	Zahl der Tarifverträge	Anzahl der Betriebe	Zahl der Beschäftigten
1907	39	90	3 369
1921	98	296	14 753
1922	105	296	13 280
1923	65	205	8 766
1924	64	209	8 445
1925	46	101	5 511
1926	41	91	5 118
1927	34	67	3 513
1928	46	88	5 199

In unserem Verbands waren davon 3355 organisiert. Alles in allem zeigen die Zahlen der Beschäftigten, daß der Einfluß und die Wirksamkeit unserer Organisation weit über den Kreis ihrer Mitglieder hinausreicht.

Die angegebenen Zahlen und Tatsachen beweisen, daß die kollektive Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen immer weitere Fortschritte macht. Das kann nach der ganzen Wirtschaftsentwicklung ja auch gar nicht anders sein. Konzentration und Organisation auf der einen Seite haben ganz zwangsläufig Konzentration und Organisation auf der anderen Seite zur Folge. Für die Arbeiterschaft ist aber die kollektive Regelung umgleich günstiger als der Einzelarbeitsvertrag, sie bietet ihr viel mehr und viel stärkere Garantien für die Einhaltung der Vereinbarungen, ganz abgesehen davon, daß es den meisten Arbeitern nicht gegeben ist, sich in persönlichen

auseinanderzetzungen mit dem Unternehmer bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzwingen. Wie würde es heute wohl ohne den kollektiven Arbeitsvertrag auf dem Arbeitsmarkt aussehen? Aus dem Wirtschaftsleben der Gegenwart ist das Tarifvertragswesen nicht mehr hinwegzudenken. Die freien Gewerkschaften, denen das Tarifvertragswesen seinen heutigen hohen Stand verdankt, werden unablässig für seine weitere Vervollkommnung kämpfen, und in diesem Kampfe steht in vorderster Linie der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, von dessen Erfolgen die angegebenen Zahlen und Tatsachen Zeugnis ablegen.

Das Ergebnis der Pariser Sachverständigenkonferenz.

Nach bewegten und an Wechselfällen reichen Verhandlungen hat die Sachverständigenkonferenz in Paris endlich zu einem Ergebnis geführt, das in seinen Grundzügen wesentlich günstiger für Deutschland sein wird als es die bisherige Regelung war. Gewiß sind die Verpflichtungen, die Deutschland hier auferlegt werden, eine ungeheure Belastung der deutschen Wirtschaft. Es handelt sich bei der Beurteilung des Ergebnisses der Pariser Konferenz aber doch in erster Linie darum, ob die erreichte Neuregelung des Reparationsproblems für Deutschland günstiger ist als die im Dawesplan vorgesehene, und weiter darum, ob noch mehr herauszuholen war oder ob Deutschland mit einem Scheitern der Pariser Verhandlungen gedient gewesen wäre.

Stellen wir unseren Betrachtungen das Ergebnis der Sachverständigenkonferenz voran: Deutschland zahlt 37 Jahre lang jährlich durchschnittlich 2050 Millionen Mark. Die Zahlungen sind in der Weise gestaffelt, daß diese Durchschnittshöhe von 2050 Millionen Mark ungefähr in den Jahren 1939/40 erreicht wird. Dann steigen die Zahlungen auf etwa 2400 Millionen Mark an, um vom 25. bis 37. Jahre wieder zu sinken. Allerdings sind dann noch für weitere 21 Jahre Zahlungen von 1700 bzw. 960 Millionen zu leisten. Diese Beträge können aber außer Betracht bleiben, weil sie durch die Art ihrer Aufbringung Deutschland kaum belasten. Wir haben also im allgemeinen nur mit den Zahlungen von durchschnittlich 2050 Millionen Mark jährlich zu rechnen. Die Zahlungen aus dem berücksichtigten Wohlstandsindex fallen ganz weg. Der Währungsindex (Transferschuh) bleibt zum größten Teil bestehen. Nach den Bestimmungen des Dawesplanes sollte Deutschland auf noch unbestimmte Zeit jährlich 2500 Millionen Mark bezahlen; dazu kamen dann noch die Zahlungen aus dem schon erwähnten Wohlstandsindex. Es kann also kein vernünftiger Mensch bestreiten, daß die jetzt in Paris beschlossenen Abmachungen für Deutschland ungünstiger sind als die Bestimmungen des Dawesplanes. Die Entlastung der Deutschen und der ihnen verwandten Kreise über diese neue „Verklammerung Deutschlands“ kann darüber nicht hinwegtäuschen. Man kann über ihre Demagogie zur Tagesordnung übergehen.

Wiel wichtiger ist für die deutsche Arbeiterschaft die Frage, wie sich die Verringerung unserer Reparationsverpflichtungen, die ja praktisch nach den Bestimmungen des Youngplans (nach dem Vorsitzenden der Sachverständigenkonferenz Young so genannt) eintritt, nun wirtschaftspolitisch auswirken wird. Im laufenden Etatsjahr sind es 500 Millionen, in den nächsten drei Jahren je 800 Millionen Mark, die Deutschland weniger aufzubringen hat. Selbstverständlich wird die Wirtschaft, wird vor allem die Schwerindustrie fordern, daß der größte Teil dieser Minderansgaben zu Erleichterungen der Steuerpflichtungen benutzt wird. Die Arbeiterschaft und ihre Vertreter in der Regierung werden sich scharf dagegen wehren müssen, daß die Steuerermäßigungen nur den Hugenberg, Thyssen usw. zugutekommen. Das ist eine Frage von ganz außerordentlicher Wichtigkeit, wie die Reparationslast jetzt auf die verschiedenen Klassen verteilt wird. Es ist eine Forderung der „ausgleichenden“ Gerechtigkeit, daß nicht das arbeitende Volk allein die Lasten des Krieges zu tragen habe, den es nicht gewollt und den es nicht verloren hat.

Die Unternehmer haben für die innerpolitischen Auseinandersetzungen, die dem Abschluß der Sachverständigenkonferenz zweifellos folgen werden, bereits alle Vorbereitungen getroffen. Sie hatten diese Auseinandersetzungen schon vor einigen Wochen vorausgesagt und die Notwendigkeit einer schärferen Konzentration der Arbeitgeber betont. Es wird alles zusammenkommen, was sich die Unternehmer vorgenommen haben: der Streik um die Verteilung der Reparationslast, die Abwehr neuer Lohnforderungen und die Angriffe gegen die Sozialversicherung. In dem letzteren Bestreben ist den Unternehmern ja in den letzten Tagen ein höchst willkommenes Bundesgenosse entstanden. Wir brauchen wohl nur an den scharfen Vorstoß erinnern, den der volkswirtschaftliche Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius kürzlich im Reichstag gegen die Arbeitslosenversicherung unternahm. Aber wie dieser Angriff sofort von den sozialdemokratischen Abgeordneten eine entschiedene Zurückweisung erfuhr, so wird die deutsche Arbeiterschaft auch in der Frage der Verteilung der Reparationslast ihre Interessen zu wahren wissen. Der international-kapitalistische Weltmarkt hat wohl die Weltwirtschaft dem Chaos zu bringen können, er konnte sie aber nicht der Gefährdung entgegenführen. Bei der letzten guten Gelegenheit dazu, eben der Pariser Konferenz, haben die kapitalistischen Wirtschaftsführer vollkommen versagt. Das bescheinigt ihnen selbst die „Deutsche Bergwerkszeitung“. Die Folge aber wird sein, daß die Arbeiter immer mehr selbst die Führung in den kapitalistischen Staaten in die Hand nehmen müssen. Nach dem Arbeiter bei den deutschen Wahlen im Jahre 1928 der deutsche Wahlsieger der Arbeiter, und als nächste große Etappe auf diesem Wege die Arbeiterregierung in England, das wird die internationalen Verbindungen der Arbeiterschaft ganz gewaltig stärken und damit auch die Lösung solcher Fragen wesentlich erleichtern, wie es das Reparationsproblem, die Raffinerung des Washingtoner Abkommens durch weitere Etappen, die

Räumung der noch besetzten deutschen Gebiete und die Frage der allgemeinen wirklichen Abrüstung sind. Für die deutsche Arbeiterschaft gilt es, die gegenwärtige günstige Situation auszunutzen, auch ihrerseits alle Kräfte zu sammeln und für die kommenden wirtschafts- und sozialpolitischen Kämpfe gerüstet zu sein.

Das Bedauxsystem.

Das Bedaux-System ist eine Stoppuhrmethode, die in der soundsoviellsten Auflage erscheint. Nun wird kein moderner und freigewerkschaftlich gesinnter Techniker bestreiten wollen, daß durch eine vernünftige Anwendung der Stoppuhr die Produktivität verbessert werden kann, wenn man dabei stets im Rahmen der Zeitmessung bleibt zur Erzielung einer rationellen Ordnung. Bedaux geht jedoch über diesen Anwendungsgrundsatz hinaus und verbindet die Zeitmessung mit seinem eigenen System, das Leistungsnormen bestimmen soll und in Folgerichtigkeit die Ausnutzung der psychologischen Energie des Arbeitnehmers bis zur Maximalgrenze zum Ziele hat. Ein solches Verfahren wäre verständlich, wenn dem Bedaux-System physiologische Forschungsergebnisse zugrundeliegen würden. Bedaux kommt aber nur ein einziges Mal mit der Physiologie in Berührung, wenn er wie folgt kalkuliert:

„Bei der Normalleistung von 60 B.s betragen die vier Hauptfaktoren der Arbeitsintensität: Kraft + Energie + Intelligenz + Zeit = 100 Prozent. Wird nun die B.-Zahl gesteigert, dann erhöhen sich die Faktoren Kraft, Energie bzw. Intelligenz, der Faktor Zeit bleibt jedoch gleich.“

Kein ernsthafter Mensch und wenigstens die in Deutschland tätigen Bedaux-Ingenieure, die übrigens ihre Kenntnisse

Einigkeit, Einheit.

Die Solidarität wendet sich nicht an schwimmende, gleitende, rosig leuchtende, untergehende Empfindungen; sie schält die Köpfe, hämmert die Charaktere und gibt der ganzen Gesellschaft die granitene Grundlage einer Umgestaltung und Erneuerung aller menschlichen Beziehungen in ihrer ganzen Breite.

Kurt Eisner.

sehr sorgsam hüten, werden behaupten wollen, daß das B.-System in dieser Hinsicht einer objektiven Kritik standhalten kann. Aber auch darüber hinaus ist das Bedaux-System so ansehbar, daß es wünschenswert wäre, wenn sich die Betriebswissenschaftler einmal eingehend mit diesem System befassen würden.

In den beiden hannoverschen Betrieben Continental und Excelsior, die sich fusioniert haben, ist das Bedaux-System seit geraumer Zeit eingeführt. Da die Zeitaufnahmen und deren Auswertungen sehr zeitmühsam sind, haben die Bedaux-Leute erst wenige Abteilungen durchgearbeitet. Zuerst die mechanischen Werkstätten, neuerdings auch die kaufmännischen Büros, z. B. Buchhaltung, Rechnungsabteilung u. a. m. (In den Schreibmaschinenbüros werden die B.s nach der Zahl der Anschläge gemessen.) Es ist leicht erklärlich, daß die „gestoppten“ Arbeiter und Angestellten anfänglich von einer gewissen Nervosität befallen werden; letztere durchweg in einem bedenkliehen Ausmaße als die Arbeiter, die ja schon seit Jahren Akkord- und Prämienysteme der verschiedensten Art durchkosten mußten. Es sind unter den Angestellten Fälle von hochgradigen Nervenkrankungen festzustellen, die allerdings auch in anderen Betrieben, wo die Arbeit nicht gemessen wird, häufig vorkommen. Es ist dies allgemein eine Folge des heutigen privatkapitalistischen Systems, das keine Rücksicht auf den arbeitenden Menschen und dessen Seelenwerte nehmen kann. Mit fortschreitender Arbeitssteigerung wird die Auswahl der Arbeitnehmer, nach quantitativer Spitzenleistung gemessen, immer schärfer und rücksichtsloser vor sich gehen. Wie schon so oft, so muß auch hier wieder betont werden, daß in der jetzigen Wirtschaftsverfassung, die mehr volkswirtschaftlich fragbar, vom kaufmännischen und juristischen Geist beherrscht wird, weder das technische Optimum, noch das Optimum der menschlichen Arbeitskraft erreichbar ist. Nach wie vor kann Ramban mit den Arbeitskräften getrieben werden, denn das industrielle Reservoir der Arbeiter und Angestellten ist noch auf lange Zeit hinaus unerschöpflich.

Bedaux sagt: „Beim Bedaux-System braucht man sich nicht darum zu kümmern, um was für eine Arbeit es sich handelt oder wer der Mann ist. Alles, auf das man seine Aufmerksamkeit zu richten hat, ist, daß man erreicht, irgendwie ungefähr 80 Arbeitseinheiten pro Stunde für jeden Mann zu erlangen.“

Bedaux berücksichtigt nicht die Qualität des Arbeiters, sondern nur die quantitative Seite seiner Kraftanstrengung. Die Erreichung einer Höchstzahl von B.s ist folgerichtig das Ziel der Betriebsleitung je mehr B.s, desto größer die Ausnutzung der vorhandenen Arbeitskräfte und auch der Gewinn. Wie wird nun die B.-Messung vorgenommen und welche Anwendung gefunden die B.-Werke?

Der Bedaux-Ingenieur Rudge, ein Amerikaner, sagt hierüber: „Wir gehen in eine Abteilung hinein und nehmen mit der Stoppuhr Zeitstudien vor. Wir gehen aber noch bedeutend weiter auf die Einzelheiten dadurch ein, daß wir die Zeitstudien in ganz kleine einzelne Teile Arbeit zergliedern. Jede Bewegung, welche vorgenommen wird, wird aufgeteilt, selbst die allerkleinste. Wir stellen fest, wieviel Zeit ein Maschinenarbeiter nötig hat, um einen

derartig kleinen Teil fertigzustellen. Das eine, worauf unsere Ingenieure eingearbeitet sind — und was wir den Leuten so schnell als möglich beibringen werden — ist, die Geschwindigkeit und den Grad des Energieaufwandes genau zu beurteilen. Wenn die Arbeitszeit festgestellt wird, so wird nicht allein die Zeit festgelegt, welche dazu nötig ist, die Arbeit zu leisten, sondern auch das Arbeitsstempo, welches der Arbeiter zur Zeit einhält, und außerdem die Menge des Energieaufwandes, die hierzu erforderlich ist. Wir legen außerdem einen bestimmten Prozentsatz für Ermüdung fest, z. B. 10, 25, 60 bis 100 Prozent, oder auch mehr in besonderen Fällen. Dieser Prozentsatz hängt davon ab, wie schwierig der Arbeitsgang ist.“

Voraussetzung für die B.-Messung ist, wie bei allen Zeitstudien, die Analyse des betreffenden Arbeitsvorganges in Arbeitselemente (z. B. einfache Bewegungen, Handgriffe, Drehungen), die sowohl konstant, wie auch variabel vorkommen. Für jedes Element wird der B.-Wert festgestellt, so daß sich schließlich der B.-Wert eines ganzen Arbeitsvorganges aus einer Reihe B.-Bruchzahlen zusammensetzt. Die Element-B.-Werte werden zum Teil bis zu Zehntausendsteln errechnet. Jeder Gesamtarbeitsvorgang wird vorher von dem betreffenden Meister und Abteilungsleiter befristet. Es muß hier erwähnt werden, daß Bedaux völlig selbständig, ohne Rücksicht auf die verantwortlichen Aufsichtsbeamten des Werkes, also als fremder Unternehmer im Betrieb, arbeitet.

Angenommen, es soll der Arbeitsvorgang „Kolbenbolzenlöcher ausreiben“ gemessen werden, und nehmen wir nun ein Element, das unmittelbare Anreiben mit der Reibhülse, heraus, so müssen von dem Bedaux-Mann nach einer beliebigen Zahl Messungen mit der Stoppuhr folgende Werte bestimmt werden:

1. die kürzeste Zeit des Anreibens;
2. die vom Arbeiter aufgewandte Arbeitsgeschwindigkeit bzw. Arbeitsstempo;
3. die normale Zeit, die für das Ausreiben notwendig ist;
4. die gewählte Zeit, die dem Aufnehmer am rationellsten erscheint;
5. der Ermüdungs- bzw. Erholungsfaktor.

Die Werte 1 und 4 ergeben sich aus dem Zeitaufnahmedigramm; desgleichen der Wert 2, der geschätzt wird, und wobei die praktischen Erfahrungen und technischen Kenntnisse des Aufnehmers bzw. Bedaux-Ingenieurs von größtem Einfluß sind.

Verstopfte Sekunden (kürzeste Zeit)	Geschäfte	Geschwindigkeiten pro Messung (80)
28	85	85 85 85
32	80	80 80 80 80
36	75	75 75 75 75 75
40	70	70 70 70 70 70
44	65	65 65 65
48	60	60 60 60 60

Die am meisten geschäfte Geschwindigkeit ist 75, die infolgedessen auch zugrundegelegt wird. Der Wert 4 entspricht der am meisten gestoppten Zeit mit gleichen Geschwindigkeiten = 36 Sekunden.

Die Normalzeit (Wert 3) wird errechnet:
Gewählte Zeit × Geschwindigkeitsgrad

In vorliegendem Fall also: $36 \times 75 = 45$ Sekunden.

Der Ermüdungsfaktor wird ebenfalls geschätzt. Diese Schätzung nimmt jedoch nicht der Zeitnehmer, sondern nur der Bedaux-Mann vor.

Sind die Werte 1 bis 5 festgelegt, dann errechnet sich der B.-Wert:

Normalzeit × Ermüdungsfaktor

die B.-Stunde: $B\text{-Wert} \times 3600$
Normalzeit

Auch dem Laien dürfte es nach dieser Rechnung klar werden, daß diese Methodik mit Wissenschaftlichkeit nichts gemein hat. Die Schätzwerte, die schon an und für sich unzuverlässig sind, werden durch Multiplikationen in ihrer Fehlerhaftigkeit aufgebläht. Das Verzerren ist jedoch damit noch nicht zu Ende. Maschinenarbeiter erhalten für die durch die maschinellen Einrichtungen verursachten Zeitverluste einen sogenannten Mehrlohnzuschuß an B.-Werten, wobei allerdings reine Wartezeiten, z. B. für Materialan- und -abfuhr nicht berücksichtigt werden. Dieser Methoden-zuschuß ist von Bedaux nach verschiedenen Lohnklassen tabellarisch festgelegt und auf den Geschwindigkeitsgrad 80 abgestimmt. Derjenige Arbeiter, der infolge besonderer Kraftanstrengung z. B. 80 B.s an seiner Hobelbank leistet, bekommt also keinen Mehrlohnzuschuß. Der Methoden-zuschuß errechnet sich normal aus:

$60 \times$ geleistete B.s
Geschwindigkeitsgrad

Die soeben erwähnten Lohnklassen werden durch die Werksleitung im Einvernehmen mit dem Betriebsrat festgelegt; die Eingruppierung der Arbeiter erfolgt jedoch durch Bedaux allein.

Aus den Anschlagblättern, die täglich die B.-Leistungen und Prämien der Arbeiter anzeigen, ist außer den geleisteten B.s auch der Methoden-zuschuß zu ersehen. Für reine Handarbeit wird grundsätzlich kein Methoden-zuschuß gewährt, so daß u. a. die Bureauangestellten am übelsten daran sind, deren Leistungen nur nach effektiven B.s gemessen werden. Für jeden „bedauxierten“ Arbeitsvorgang wird von Bedaux ein sogenanntes Bedaux-Normalarbeitsvorgangsblatt hergestellt, deren Zahl in die Tausende geht. Diese Blätter enthalten alle für den Arbeiter erforderlichen

Anweisungen und Werte, z. B. Lohnklasse, Beschreibung des Arbeitsvorgangs, Zerlegung in konstante und variable Elemente, nebst B.-Werten usw. Wenn sich nun ein Arbeiter über seinen ihm zugeordneten Standard beschwert, dann gestattet Bedau eine Nachprüfung. Oberingenieur Mudge sagt hierzu:

„Wir sagen dann dem Arbeiter: Ja, dann nehmen Sie einmal Ihre eigene Uhr und stellen Sie selbst die Zeit bei einem anderen Manne mit uns zusammen fest!“

Die naive Kühnheit einer solchen „Bewertung“ ist bewundernswert. Der Arbeiter wird staunen, wenn seine von ihm gestoppten Werte „bedaurt“ werden und sich das B.-Resultat nicht ändert.

Stehen die B.-Werte aller Arbeitsvorgänge innerhalb einer Werkstatt oder Betriebsabteilung fest, dann erfolgt die praktische Auswertung.

Zur Rentabilitätskontrolle und Nachprüfung des gesamten Produktionsverfahrens werden täglich, wöchentlich und monatlich sogenannte Analyse-Blätter herausgegeben, die auf einen Blick die wichtigsten Unkostenfaktoren und Rentabilitätswerte erkennen lassen. Wäre die wissenschaftliche Zuverlässigkeit des Bedau-Systems gewährleistet, dann wären diese Analyse-Blätter von außerordentlichem Wert. Aber auch ohne diese Voraussetzung bieten diese Analyse-Blätter wichtige Anhaltspunkte für die Beurteilung der Betriebsführung. Für alle technischen Betriebsbeamten sind diese Blätter gewisse „Betriebsführungs-Zeugnisse“, deren Erscheinen nicht ohne Beforgnis erwartet wird. Nach dem Wirkungsgrad der Werkstatt bzw. Abteilung werden die Prämien der Vorarbeiter, Meister und Abteilungsleiter bemessen. Die Meister bekommen z. B. für je ein B. über 60 B.s (für die ganze Werkstatt bemessen) ein Zweihundertstel des Monatsgehalts als Prämie.

Die Werkstatt- bzw. Abteilungs-B.-Stunde errechnet sich:
Gesamt-B.-s-Zahl der Abteilung
Anzahl Arbeiter + Arbeitsstunden.

Es würde im Rahmen dieses Artikels zu weit führen, wollte man noch die verwaltungstechnische Seite, und vor allem die sehr umständliche Bedau-Rentabilitätsberechnung behandeln. Eins steht aber fest: das Bedau-System, dessen Einführung nicht nur sehr umständlich, sondern auch außerordentlich kostspielig ist, verschafft der Betriebsleitung eine gute Betriebsführungsübersicht. Da aber an dem Wirkungsgrad der Werkstatt, der nur durch produktive B.s gehoben werden kann, nicht nur das Unternehmen, sondern auch die Abteilungsleiter usw. einmal durch das Prämienystem, und des anderen durch die Bedaukontrolle (bzw. Direktionskontrolle) unmittelbar interessiert sind, werden die zu jeder Zeit auftretenden B.s-Verluste (Arbeitsverluste) in den meisten Fällen nur auf Kosten der Arbeitskraft und Gesundheit der Arbeitnehmer ausgeglichen.

Das Bedau-System wird sich mit zunehmender Aufklärung und öffentlicher Kontrolle selbst ad absurdum führen. Den freigewerkschaftlichen Betriebs- und Angestelltenräten der von Bedau heimgeleiteten Betriebe erwächst in dieser Hinsicht eine große und dankenswerte Aufgabe. Wertvolle Fingerzeige für solche Aufklärungsarbeiten bietet das vorzügliche Buch des Professors Ermanski: „Theorie und Praxis der Rationalisierung“. Dieser zieht aus allen vorherrschenden Methoden der Arbeitsforschung den Schluß:

„Das entscheidende Rationalitätskriterium der Arbeitsprozesse ist nicht die Zeit und auch nicht der Raum, sondern die Zweckmäßigkeit der Ausnutzung der Kräfte.“ Die Frage der Rationalisierung und Normierung der Produktionsprozesse löst weder die Stoppuhrmethode noch das Filmverfahren, noch die Psychographie, sondern allein das physiologische, überbaute das naturwissenschaftliche Experiment unter Zugrundelegung des — Optimumprinzips.“

Karl Hauser.

Die Welt steht wirtschaftlich auf dem Kopf, allerdings nur, solange die wesentlichen Produktionsmittel sich noch im Besitz von Privatkapitalisten befinden. Die Technik ist unheimlich weit fortgeschritten. Zahlreiche Arbeitskräfte sind erwerbslos, leiden körperlich und seelisch. Die in Arbeit stehenden werden körperlich und seelisch zu Tode geheißt, bis sie menschliche Ruinen sind. Das wird der Erfolg des Bedau-Systems sein. Dieses Arbeitssystem ist eine Gefahr für die davon betroffene Arbeitnehmerschaft. Wenn schon der gewiß nicht arbeiterfreundliche Kongreß der Vereinigten Staaten ein Verbot gegen diesen Stoppuhrmißbrauch für die staatlichen Unternehmungen verbietet, so zengt das für die erkannte Gefährlichkeit dieses Systems. Es ist um so gefährlicher, weil Meister, Abteilungsleiter und Vorarbeiter durch Prämien, die dem Wirkungsgrad des Bedau-Systems, d. h. dem Maße der Antreiberei entsprechen, interessiert werden.

Die Folgen des Bedau-Systems werden sein: Erhöhte Unfallzahlen; frühzeitige Invalidität der Arbeiter; Erhöhung der Zahl von Menschen mit zeitig zerrütteten Nerven, allmähliche Degeneration des Nachwuchses.

Wenn trotz alles technischen Fortschrittes bei gleichzeitiger Arbeitslosigkeit das kapitalistische System auch in hygienischer Beziehung gemeingefährlich wirkt, so wird die Gesetzgebung eingreifen müssen. Aber darauf können wir nicht warten. Die Arbeitnehmerschaft wird sich gegen das Bedau-System ablehnend verhalten müssen, wo sie in der Lage ist, Widerstand leisten zu können. Sie soll sich wehren gegen jeden B.-Punkt.

1 Interessant ist die Tatsache, daß sich der Kongreß der Vereinigten Staaten von Amerika gezwungen sah, einen Beschluß zu fassen, der es verbietet, in den staatlichen Unternehmungen der Vereinigten Staaten sich der Stoppuhrmethode zu bedienen. (Vergl. die wissenschaftliche Betriebsführung und die Arbeitnehmerschaft, Seite 5, von Frey.)
2 Durch die Parteibuchhandlung zu beziehen.

und soll, wenn es (von nicht anders geben sollte, die Punktzahl möglichst tief herabdrücken. Vorarbeiter, Meister und Abteilungsleiter sollten es unter ihrer Würde halten, sich für das Jagen und Segen der Arbeitnehmerschaft prämiieren zu lassen.

Internationale Arbeiterbewegung. Verbandstag unseres Bruderverbandes in der Tschechoslowakei.

Unser Bruderverband in der tschechoslowakischen Republik (Sitz Aussig a. d. E.) hatte seinen vierten Verbandstag zum 1. Juni berufen. Der Verband blickt auf ein zehnjähriges Bestehen zurück. Bis zum Jahre 1918 waren die Kollegen Mitglieder im österreichischen Verbands. Die neue Staatenbildung brachte ihnen organisatorisches Eigenleben. Die Organisation zählte im Jahre 1928 1200 Mitglieder. Diese Zahl stieg sprunghaft innerhalb zweier Jahre auf 22 907, um im vierten Jahre des Bestehens auf 14 035 zu sinken. Der Tiefstand wurde im Jahre 1926 mit 9125 Mitgliedern erreicht. Von da an ging es langsam aufwärts. Der Jubiläumsvorstandstag verzehnet eine Mitgliedsziffer von 10 573. Kommunistische Zellenpolitik hat zu diesem Mitgliederverlust beigetragen. Die sprachlichen Verschiedenheiten haben die Werbearbeit nicht erleichtert. Die Arbeiter fangen nun aber an, einzusehen, daß kommunistische Taktik sie in das Verderben führt. Die beiden Verbandsleitungen, die in Aussig und in Prag ihren Sitz haben, sind sich darüber klar, daß sie organisatorisch zu-

Die Entwicklung der „Ehe“ zur Ehe.

Die volle Freiheit der Eheschließung kann erst dann allgemein durchgeführt werden, wenn die Beseitigung der kapitalistischen Produktion und der durch sie geschaffenen Eigentumsverhältnisse alle die ökonomischen Nebenbedingungen entfernt hat, die jetzt noch einen so mächtigen Einfluß auf die Eheswahl ausüben. Dann bleibt eben kein anderes Motiv mehr als die gegenseitige Zuneigung. Engels.

sammenarbeiten müssen, wenn die Gefahren gebannt werden sollen, die durch sprachliche und taktische Trennungen den Arbeitern drohen. An dem Verbandstage nahmen 74 Delegierte und 2 Delegiertinnen teil. Mit Vorstand, Agitationsleitern, Kreissekretären, Kontrollleuren und dem Vertreter des Schiedsgerichts waren 102 Teilnehmer anwesend.

Von ausländischen Verbänden waren Vertreter anwesend:

- Internationale Vereinigung der Fabrikarbeiter-Verbände, Sitz Amsterdam, Vertreter: August Brey (Hannover);
- Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Vertreter: Ernst Großmann (Hannover);
- Verband der Fabrikarbeiter Österreichs, Vertreter: Johann Katzer (Wien) und Karl Felbinger (Linz);
- Verband der Fabrikarbeiter Dänemarks, Vertreter: Sophus Mortensen (Kopenhagen) und Chr. Brun (Kopenhagen);
- Verband der Fabrikarbeiter Schwedens, Vertreter: Ernst Falk (Stockholm);
- Svaz zamestnancu lucebnich odboru, Prag, Vertreter: Hosek Albert (Prag) und Martinek Anton (Prag);
- Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Tschechoslowakei, Vertreter: Abg. Anton Schäfer (Reichenberg).

Am 1. Juni erfolgte die Eröffnung des Verbandstages mit anschließenden Begrüßungsansprachen. Von den vertretenen Verbänden sprach je ein Vertreter, überbrachte Grüße der Organisation, vermittelte den Dank für die Einladung und wünschte den Arbeiten besten Erfolg. Es folgte ein Begrüßungsabend im Volkshaus Aussig mit einem Programm, das den Beweis lieferte, daß die Arbeiterbewegung ein Kulturfaktor geworden ist, der neben Vertretung der wirtschaftlichen und politischen Interessen auch den künstlerischen Ansprüchen der Arbeitnehmerschaft Genüge tun kann. Musiker, Sänger, Turnerinnen und Turner rissen die Zuhörer zu Beifallsstürmen hin.

Am Montagvormittag begannen die Verhandlungen mit der Berichterstattung: a) des Vorstandes und des Sekretärs, b) des Kassierers, c) Revisionsbericht, d) Presse.

Nach den Berichten steht die Wirtschaft der Tschechoslowakei im Zeichen der

Konzentration.

Soweit unsere Industrien in Betracht kommen, findet die Konzentration ihren Typ im Schichtkonzern, der Seife, Kosmetika, Tee, Kakao, Öl- und Fettbearbeitung, Margarineerzeugung technisch einbezogen und sein geographisches Interessengebiet, das sich früher auf das alte Österreich-Ungarn beschränkte, nach Deutschland, Holland, England und die Schweiz vorgedrungen hat. Die Tendenz der Konzentration und der Rationalisierung tritt auch in der Zuckerindustrie in Erscheinung. Durch Aufkaufen und Stilllegen kleinerer Betriebe vollzieht sich hier der Aufsaugungsprozeß. Die Papierindustrie wird durch drei Kartelle beherrscht: 1. das Verkaufsbureau der vereinigten Papierfabriken, dem 28 Betriebe mit 67 Prozent der Gesamtproduktion angeschlossen sind; 2. die alle Betriebe umfassende Sulfit-G. m. b. H. als Ein- und Verkaufsbureau der Zellulosefabriken; 3. die Ein- und

Verkaufsgenossenschaft m. b. H. der Pappenerzeuger mit allen 43 Pappfabriken. Zusammengeschlossen sind Neusiedler, A.-G., Elbmühle, A.-G., Gellert u. Ko., A.-G., zu einem einheitlichen Konzern, der heute 19 Papierfabriken beherrscht. Davon sind acht in der Tschechoslowakei, zehn in Österreich, eine in Deutschland.

Lohnkämpfe.

Konzentration des Kapitalismus zu machtvollen Gebilden, Verminderung der Arbeitnehmerschaft durch Stilllegungen und die Steigerung der Ertragsfähigkeit der Arbeit bei gleichzeitiger Zersplitterung der Kollegenschaft sind den Lohnkämpfen nicht günstig. Trotzdem wurde im Jahre 1926 die Absicht der Arbeitgeber, in der Zuckerindustrie eine Lohnherabsetzung vorzunehmen, abgewehrt und der Kollektivvertrag behauptet. Im Jahre 1927 wurden insgesamt in den zum Arbeitsbereich des Verbandes gehörenden Industrien für 100 Betriebe mit 21 353 beschäftigten Arbeitern Lohnerhöhungen von 3 bis 12 Prozent, daneben Teuerungsbefreiungen, von 50 Kr., erreicht. Der Lohnkampf im Jahre 1928 führte im Juni zur Kündigung des Gesamtarbeitsvertrages in der chemischen Industrie. Er umfaßte 62 Betriebe mit 11 000 beschäftigten Arbeitern. Es war eine fünfzehnprozentige Lohnerhöhung gefordert. Die Unternehmerorganisationen leisteten heftigen Widerstand. Außerst schwierige Verhandlungen schloß mit einem Vertrage ab, der für 9700 Arbeiter eine Lohnaufbesserung von 2 bis 10 Prozent brachte. In einer Reihe von Betrieben wurden durch Einzelverträge Lohnaufbesserungen und Teuerungszulagen erreicht. Das Gesamtbild ist dieses: In der chemischen und verwandten Industrie wurden in 54 Betrieben mit 13068 Beschäftigten Lohnaufbesserungen von 5016000 Kronen erreicht. Der Rahmenvertrag blieb unverändert bestehen. Das letztere ist auch von der Papierindustrie festzustellen. Aber bezüglich des Lohnes bestehen in der Papierindustrie 32 Vereinbarungen für 28 Betriebe mit 5674 Beschäftigten. Die erzielten Lohnaufbesserungen beziffern sich auf 2 590 276 Mk. im Jahre. Aus den Jahren 1927 und 1928 wird über drei Streiks berichtet; davon ein Abwehrstreik. Lohnrückstände und ein Lohnabzug von 10 Prozent waren die Ursache. Sie endeten mit Erfolg.

Die Finanzen des Verbandes.

Die Einnahmen im Jahre 1928 beziffern sich auf 4 649 345 Kr. Die Ausgaben betragen 1 720 625 Kr., so daß ein Bestand von 2 928 720 Kr. verbleibt.

Die Arbeitslosenkasse hat eine Einnahme von 769 922 Kr. Darin liegt ein Staatsbeitrag von 276 435 Kronen. Die Ausgaben sind 498 901 Kr., so daß ein Bestand von 271 090 Kr. verbleibt.

In dem Punkt der Tagesordnung:

Die Jugendfrage und die Erziehung des gewerkschaftlichen Nachwuchses.

Nach einem sachkundigen Referat kam eine Entschliebung zur Annahme, nach welcher der Fabrikarbeiter-Verband die organisatorische Einbeziehung der gesamten Fabrikarbeiterjugend in den Verband für notwendig hält. Es wurden die Leitsätze festgesetzt, nach denen Organisation und Aufklärung vollzogen werden sollen.

Über das Thema „Sozialpolitische Gesetzgebung in der Tschechoslowakei“ sprach der Abgeordnete Schäfer (Reichenberg). Das Referat stellte fest, daß die Macht des tschechoslowakisch-deutschen Bürgerblocks die Sozialpolitik gefährdet. Sozialpolitische Errungenschaften der früheren Jahre werden bedroht. Die Sozialversicherung war den bösartigsten Anschlägen ausgesetzt. Nur dem scharfen Abwehrkampf der gesamten gewerkschaftlichen Arbeitnehmerschaft gelang es, die schlimmsten Absichten zu verhindern. Eine Einschränkung der Selbstverwaltung in den Krankenkassen konnte aber nicht verhindert werden. Eine einstimmig angenommene Entschliebung sagt unter anderem:

„Der gegenwärtig in der Tschechoslowakei herrschende Stillstand in der sozialen Gesetzgebung ist für die freien Gewerkschaften unerträglich. Er muß überwunden und beseitigt werden. — Der Verbandstag der Fabrikarbeiter begrüßt das vom letzten Gewerkschaftskongreß in Reichenberg beschlossene arbeitsrechtliche Programm und verpflichtet die Mitglieder des Verbandes, für deren Durchführung tätig zu sein.“

Beim Punkt 5 der Tagesordnung:

Die Lohn- und Vertragspolitik in der Zeit der Rationalisierung.

gelangte eine Entschliebung zur Annahme, nach der der Verbandstag jene in der tschechoslowakischen Industrie unter dem Titel der Rationalisierung betriebenen Methoden ablehnt, welche rein auf Kosten der menschlichen Arbeitskraft, durch größte Anspannung der individuellen Arbeitsleistung mit Stoppuhr und Überstunden bei gleichzeitigem Lohndruck eine Vermehrung der Produktion erzwingen wollen. Derartige Maßnahmen stellen lediglich eine erhöhte Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft zugunsten einer größeren Profitrate für der Unternehmer dar und müssen daher prinzipiell bekämpft werden durch die Forderung, daß erhöhte Produktion auch entsprechend erhöhte Löhne bedingen muß durch stärkere Bekämpfung des Überstundenunwesens, des individuellen Prämierungssystems, durch vertragliche Kontrolle und Sicherung der Akkord- und Leistungslohne, durch weitere Verkürzung der Arbeitszeit zugunsten einer

längeren Freizeit, durch Erstreben besserer Arbeiter-Urlaube und schließlich durch Schaffung größerer Mitbestimmungsrechte der Arbeitervertretung bei Betriebsstilllegungen und -einschränkungen sowie bei Aufnahmen und Entlassungen von Arbeitern.

Diese Forderungen können nur dann verwirklicht werden, wenn die Organisation durch konsequente Spaltungsverneinung, durch erhöhte Werbearbeit, durch größere Opferwilligkeit der Mitgliedschaft und durch gründlichste Schulungsarbeit sich zu größerer Geschlossenheit und verstärkter Schlagkraft emporingt.

Erledigung der Anträge.

Unter Punkt 6 wurden die vorliegenden Anträge erledigt. Die Beitrittsgebühr wird nach einem Antrag in allen Beitragsklassen auf 5 Kr. festgesetzt. Für jugendliche Mitglieder mit besonders geringem Verdienst wird eine Sonderklasse mit einem Wochenbeitrag von 1,50 Kr. errichtet. In diese Sonderklasse können nur Mitglieder mit einem Stundenverdienst von unter 1,50 Kr. eingereiht werden.

Die neuen Bestimmungen treten am 1. Juli 1929 in Kraft.

Ein Antrag, der für das Gebiet Mähren und Schlesien ein Sekretariat mit dem Sitz in Mährisch-Schönberg errichten will, wird dem Vorstand überwiesen. Die wichtigsten Bestimmungen aus Statut und Geschäftsordnung sollen in tschechischer Sprache herausgegeben werden.

Der Kollege Brey erhielt von den österreichischen und skandinavischen Kollegen den Auftrag, den Kollegen in Aussig und der Verbandsleitung den Dank auszusprechen für die Gastfreundschaft und die kollegiale Behandlung, in der alle Verbandskollegen geradezu gewetteifert haben.

Die Lösung der sozialen Frage ist Sache der Polizei!

(W.B.) Gemäß den Worten des heutigen Bundespräsidenten, Washington Luis: „Die Lösung der sozialen Frage ist Sache der Polizei“, werden in Brasilien immer mehr Arbeiterorganisationen aufgelöst. Obwohl die Bundesverfassung das Vereins- und Streikrecht gewährt, bestehen in Brasilien diese Rechte meistens praktisch nicht.

Die Lösung der sozialen Frage ist Sache der Polizei! Dies sagt der Präsident eines Mitgliedsstaates des Internationalen Arbeitersamtes! Daß man in Genf auch in diesem Jahre keinen Arbeiterdeputierten aus Brasilien antrifft, braucht angesichts der Politik der jetzigen Machthaber der „großen brasilianischen Republik“ nicht wunderzunehmen.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

Die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung.

Der Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenversicherung beschäftigte sich am 11. Juni mit der Finanzlage der Reichsanstalt.

Im Laufe des am 31. März d. J. abgeschlossenen Haushaltsjahres verbrachte, wie Präsident Dr. Czurup mitteilte, die Reichsanstalt über 888 Millionen Mark eigene Mittel. Die Ausgaben betragen in der gleichen Zeit 1064 Millionen Mark; es erob sich somit ein Fehlbetrag von 196 Millionen Mark.

Die finanzielle Lage der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenversicherung zeigt, daß das Beitragsverhältnis und die Leistungen der Reichsanstalt jederzeit zur Zeit nicht übereinander in Einklang stehen.

Nach eingehender Aussprache nahm der Verwaltungsrat folgende Entschlüsse: Die finanzielle Lage der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenversicherung zeigt, daß das Beitragsverhältnis und die Leistungen der Reichsanstalt jederzeit zur Zeit nicht übereinander in Einklang stehen.

Nach eingehender Aussprache nahm der Verwaltungsrat folgende Entschlüsse: Die finanzielle Lage der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenversicherung zeigt, daß das Beitragsverhältnis und die Leistungen der Reichsanstalt jederzeit zur Zeit nicht übereinander in Einklang stehen.

unverzüglich gesetzgeberische Maßnahmen treffen, die geeignet sind, das finanzielle Gleichgewicht der Reichsanstalt wiederherzustellen. Damit sich die zu treffenden Maßnahmen noch rechtzeitig auswirken können, hält es der Verwaltungsrat für unbedingt erforderlich, daß der Reichstag die notwendigen Sanierungsgesetze nach Anhörung des Verwaltungsrates der Reichsanstalt noch in dieser Session, nicht etwa erst in einer Herbsttagung, beschließt.

Die Sozialdemokratische Partei und der A.O.B. treten bekanntlich für Heraushebung der Beiträge um ein Prozent ein.

Arbeiterschutz in Rußland.

Häufung der Betriebsunfälle und der Berufskrankheiten.

(R.S.) In der „Pravda“ vom 30. Mai veröffentlicht der stellvertretende Volkskommissar für Arbeit der RSFSR (Inneres Rußland), Lofstojatow, sehr ungünstige Angaben über die Entwicklung des Arbeiterschutzes in Rußland.

Die Bewegung der Betriebsunfälle zeigt ein noch ungünstigeres Bild als in den vorausgegangenen Jahren. Im Durchschnitt der Industrie der Sowjetunion entfielen auf je 1000 Arbeiter im Jahre 1926 188,6 Unfälle, im Jahre 1927 179,9 Unfälle, in den ersten neun Monaten des Jahres 1928 151,2 Unfälle. Im Jahre 1927 war die Zahl der Betriebsunfälle um 29 v. H. angewachsen. Noch ungünstiger ist es bestellt um einzelne Zweige der Schwerindustrie.

Nach der Darstellung von Lofstojatow ist in den letzten Jahren fernerhin eine beträchtliche Zunahme der Berufskrankheiten zu verzeichnen:

Nach den Angaben der Arbeitsaufsichtsbehörden des Arbeitskommissariats gab es im Jahre 1925/26 3544 Fälle von Berufskrankheiten, im Jahre 1926/27 5281 Fälle, im Jahre 1927/28 7597 Fälle.

Lofstojatow vertritt die Auffassung, daß die Häufung der Betriebsunfälle und der Berufskrankheiten zum Teil die Folge einer Lockerung der Arbeitsdisziplin sei, hält aber im übrigen den zunehmenden Verschleiß der veralteten Maschinen der Industriebetriebe für die Hauptursache dieser besorgniserregenden Erscheinungen.

Trotz der alljährigen Zunahme der Kapitalinvestitionen und trotz der Häufung der Betriebsunfälle werden die Mittel, die der Staat für den Arbeiterschutz bewilligt, keineswegs voll in Anspruch genommen: von Jahr zu Jahr werden sie nur zu 70 bis 80 v. H. abgerufen.

Dies ist die Beurteilung der gegenwärtigen Lage des Arbeiterschutzes in Rußland durch einen Kommunisten, der an der Spitze des Arbeitskommissariats steht!

Wirtschaftliches.

Die meisten Menschen werden im Haushalt beschäftigt.

Nach der im Jahre 1925 gefügigen Betriebs- und Gewerbestatistik waren beschäftigt in Industrie und Handwerk 10,3 Millionen männliche und 2,9 Millionen weibliche Personen, in Land- und Forstwirtschaft 4,8 Millionen männliche und 5 Millionen weibliche, in Handel und Verkehr 3,3 Millionen männliche und 1,6 Millionen weibliche, in der Hauswirtschaft 20,2 Mill. fast ausschließlich weibliche, davon 10,2 Millionen im Hauptberuf und 10 Millionen im Nebenberuf.

Rekordzahlen im Güterverkehr der Leipziger Technischen Messe im Frühjahr 1929.

Nach den Feststellungen der Deutschen Reichsbahngesellschaft sind dem Gelände der Technischen Messe in Leipzig an Ausstellungensgütern zur Frühjahrsmesse 1929 insgesamt 8476 Tonnen zugeführt worden, zu deren Beförderung weit über 1000 Güterwagen nötig waren.

Das Lindcar-Fahrradwerk erhöht sein Aktienkapital.

Bei dem Lindcar-Fahrradwerk ist gegenwärtig Hochkonjunktur. Die Erzeugnisse des Werkes finden glänzenden Absatz. Die Produktion konnte vervierfacht werden. Die Arbeiterzahl ist gegenüber dem Vorjahre mehr als verdoppelt. Das Werk ist stark erweitert worden.

Das ausländische Kapital in der deutschen Automobilindustrie.

Der Erwerb der Opel-Werke durch die amerikanische General Motors Gesellschaft, die Beteiligung des amerikanischen Automobiltrusts Fiat an der A. S. U., zuletzt die Ausdehnung der deutschen Produktion der Ford-Gesellschaft unter Beteiligung der J. B. Farbenindustrie zeugen von dem raschen Vorbringen des ausländischen, vor allem des amerikanischen Automobilkapitals in Deutschland.

Rundschau.

Wenn die Weinändler Feste feiern.

Im Wein liegt Wahrheit nur allein! Dieses geflügelte Wort wird bei einem guten Tropfen sehr oft gebraucht. Auch die Teilnehmer am 50. Geburtstagsfest des Vereins der Weinändler von Berlin werden sich dieses Wortes an der Festtafel erinnert haben.

Es war ein Abend der auserlesensten Genüsse. Das kann man dem Berichterstatter wohl glauben. Wem läuft da nicht das Wasser im Munde zusammen. Damit vergleiche man das kärgliche Leben, das Millionen führen müssen.

Verbandsnachrichten.

Ausgeschlossen.

wurden auf Grund des § 14, Ziffer 3a, in Verbindung mit § 14, Ziffer 5, unseres Verbandsstatuts die Mitglieder der Zahlstelle Hirschberg i. Schl.: Gustav Bruchmann, B.-Nr. 868 908; Helmut Drescher, B.-Nr. 868 977; Joseph Krüger, B.-Nr. 868 849; Heinrich Alt, B.-Nr. 81 228 981; Adolf Kühn, B.-Nr. 869 055; Richard Alt, B.-Nr. 81 215 917; Heinrich Hampel, B.-Nr. 81 283 295; Richard Perschke, B.-Nr. 81 129 579, und das bisherige Mitglied der Zahlstelle Höchst: Georg Brunner, Buch-Nr. S NN 697 651.

Literarisches.

Zwischen Ofsee und Eismeer. Die große Kunst, Belehrendes plaudernd zu erzählen, den Leser zu unterrichten und zugleich köstlich zu unterhalten, versteht der Schriftsteller Kurt Wigig ausgezeichnet. Von ihm ist in der Wäckerliche Ostenberg ein reich illustriertes Dreimarkbuch erschienen: „Inari, eine Lapplandfahrt“.

„Die Landarbeiter und ihre Gewerkschaften.“ Unter diesem Titel ist in diesen Tagen im Verlag der Endehaus-G. m. b. H. Berlin SW 48, Endestraße 6, eine hochinteressante kritische Studie der Landarbeitergewerkschaften unter besonderer Berücksichtigung der freien Landarbeitergewerkschaft herausgekommen.

Chemische Industrie

Der Jahresabschluss des I.-G. Farbertrusses.

Der von wirtschaftlich interessierten Kreisen mit Spannung erwartete Abschluß der I.-G. Farberindustrie ist vor kurzem herausgekommen und hat, trotzdem man mit einem günstigen Verlauf des Geschäftsjahres bei dem Riesenruß rechnete, doch die Erwartungen der Öffentlichkeit weit übertroffen. Die finanzielle Entwicklung des Riesenrußes spiegelt sich in folgenden Zahlen wider, die der Bilanz entnommen sind:

Der Rohgewinn des Jahres 1928 beträgt 257 139 238 Mk. Davon gehen ab an Generalunkosten 51 904 541 Mk., Anleihezinßen 15 000 000 Mk., Abschreibungen 71 776 528 Mk., zusammen 138 681 069 Mk. Es ergibt sich somit für das Jahr 1928 ein Reingewinn von 118 458 169 Mk. oder rund gerechnet, 118,4 Millionen Mark. Zu diesem Reingewinn kommt noch ein Gewinnvortrag in Höhe von rund 4,4 Millionen Mark, der im Jahre 1927 zurückgestellt wurde, so daß abgerundet zirka 122,85 Millionen Mark zur Gewinnverteilung an die glücklichen Aktionäre zur Verfügung stehen. Von diesem Betrage fließt allerdings noch ein kleiner Teil anderen Positionen zu; zirka 11,7 Millionen Mark fließen den Reserven zu, die damit auf 200 Millionen Mark erhöht werden, 6,8 Millionen Mark werden einem Unterstützungsfonds für pensionierte Angestellte zugeleitet, wodurch sich das Unterstützungskonto auf 50 Millionen Mark erhöht. Aus dem verbleibenden Reingewinn wird eine Dividende von 12 Prozent an die Aktionäre zur Auszahlung gebracht, an Tankiemten kommt der ansehnliche Betrag von 3,20 Millionen Mark zur Verteilung; zirka 5,46 Millionen Mark werden auf neue Rechnung vorgefragt. Beachtlich ist der Gegensatz zwischen Steigerung der Generalunkosten sowie Rohgewinn. Während ersterer in den letzten drei Betriebsjahren um 23 Prozent gestiegen ist, ist der Rohgewinn um rund 40 Prozent gewachsen. Die Steigerung gegenüber dem letzten Jahre beträgt für die Generalunkosten 6,4 Prozent, für den Rohgewinn jedoch 15 Prozent.

Der Geschäftsbericht der Firma gibt in seinem finanziellen Teil bei weitem kein Bild der tatsächlichen Entwicklung des Unternehmens im letzten Jahre, sondern ist in sehr vorsichtiger Form aufgemacht. Wie die einzelnen Positionen zu bewerten sind, ergibt sich bei den Reserven, bei denen es sich nur um die offenen Reserven handelt. Die Firma hat offenbar in den letzten Jahren ganz enorme Rücklagen gemacht, die in die sogenannten stillen Reserven gewandert sind, davon konnte man sich anlässlich der Gründung der amerikanischen Holding-Gesellschaft überzeugen, bei der die Firma riesige Mittel in das Gründungskapital einbrachte, die anschließend solchen Reserven entnommen waren. Auch die Dividendenpolitik der I.-G. Farberindustrie ist äußerst vorsichtig; sie entspricht in keiner Weise dem finanziellen Ergebnis des Trusses. Es ist wiederholt in führenden Wirtschaftsbüchern darauf hingewiesen worden, daß die I.-G. Farberindustrie mit Leichtigkeit eine höhere Dividende zahlen könnte, und hauptsächlich die „Deutsche Bergwerkszeitung“, das Organ der deutschen Schwerindustrie, weist darauf hin, daß man in erster Linie wohl die Dividende mit Rücksicht auf die soeben abgehaltenen Lohnverhandlungen in dieser Höhe bemessen habe, um die Arbeiter, denen man die Notlage der Industrie in berechneten Löhnen vor Augen geführt hatte, nicht vom Gegenteil zu überzeugen. Außer diesen enormen Gewinnen hat die I.-G. Farberindustrie aus dem im Dezember erfolgten Verkauf von nominell 30 Millionen Bonds zu einem Kurs von rund 145 Prozent ein Agio (Aufgeld) von 13 Millionen Mark mühelos verdient, das ebenfalls in die Reserven gewandert ist. Zur Veranschaulichung der wirtschaftlichen Entwicklung des Farbertrusses dienen die folgende Aufstellung über die finanzielle Entwicklung in den letzten Jahren. Sie gibt ein Bild von dem Riesenanstieg des großen deutschen Chemietrusses.

	1926	1927	1928
	in Millionen Mark		
Rohgewinn	186	224,3	257,1
Generalunkosten	42,1	48,7	51,9
Reingewinn	88,7	100,8	118,4
Dividende	10	12	12 %

Außerdem hat die I.-G. Farberindustrie ihren Einfluß im Ausland ganz wesentlich ausgedehnt. So wurde Ende Juni 1928 die Internationale Gesellschaft für chemische Unternehmungen, A.-G., in Basel, und am 26. April d. J. die American I.-G. Chemical Corp. in den Vereinigten Staaten in Amerika gegründet, die den Interessentkreisen der I.-G. Farberindustrie in Europa und Amerika sowie in anderen Teilen der Erde dienen sollen. Dieser Rahmen ist so groß gesteckt, daß Anpassungsmöglichkeiten für eine sehr große Ausdehnung nach allen Richtungen gegeben sind.

Die Zahl der bei der Gesellschaft beschäftigten Personen, einschließlich der beim Ammoniakwerk Merseburg beschäftigten, aber ausschließlich der sonstigen nahegelegenen Werke, betrug am 1. Januar 1928 85 774 Arbeiter, 22 260 Angestellte, zusammen 108 034 Mann. Am 31. Dezember 1928: 90 618 Arbeiter, 23 567 Angestellte, zusammen 114 185 Mann. Unter Einfluß der Gruben und der anderen von der Gesellschaft kontrollierten Werke waren in den gesamten Unternehmungen der I.-G. Farberindustrie am Ende des Berichtsjahres insgesamt 154 596 Arbeiter und Angestellte beschäftigt.

Aber den Geschäftsgang selbst wird berichtet, daß die Umsätze sehr erheblich gestiegen sind. Trotz der schwierigen Verhältnisse auf dem Inlands- sowie auf dem Weltmark-

hat die chemische Industrie einen weiteren Aufstieg durchgemacht. Die I.-G. Farberindustrie mußte, um den Nachfragen entsprechen zu können, zahlreiche Betriebsvermehrungen vornehmen sowie Neuanlagen schaffen. Einen lebhaften Aufstieg haben die Fabrikationszweige Farben, Film und photographische Artikel, Stickstoff und Kunstsäure, Leichtmetalle usw. erfahren. Die Absatzgebiete der Farberindustrie, die auf dem Weltmarkt stark umritten waren, sind zu einem erheblichen Teil zurückerobert, namentlich durch das Abkommen mit der französischen und der Schweizer chemischen Industrie ist eine äußerst günstige Regelung erzielt worden. Der Absatz in Farben konnte trotz der großen Rückschläge in der Textilindustrie erheblich gesteigert werden. Qualitative Farbstoffe, hauptsächlich Indanthrenfarben, sind sehr stark gefragt. Der Umsatz von Säuren nebst Nebenprodukten, komprimierten Gasen und Erdgasen sowie organischen Zwischenprodukten, ist erheblich gestiegen.

In Verbindung mit einer amerikanischen Gruppe wurde in Deutschland die Fabrikation von Titanweiß aufgenommen; die Lithoponeindustrie wurde erheblich ausgebaut. Elektrometalle wurden so stark angefordert, daß eine erhebliche Erweiterung der Produktionsanlagen vorgenommen werden mußte. Die Fabrikation von Lackrohstoffen und Lösungsmitteln wurde weiter ausgedehnt; der Absatz in Nitrozelluloselacken hat sich stark entwickelt. Die pharmazeutischen Produkte wurden durch eine Reihe von Neuerfindungen verbessert und fanden starken Absatz. Die Herstellung von Cellulosewolle, Vulkanisationsbeschleunigern, Pflanzenschutzmittelbekämpfungsmitteln ist erheblich erweitert. Sehr lebhaft war auch das Feinchemikaliengeschäft. Das Geschäft auf photographischem Gebiete war auch im Berichtsjahre günstig. Die Nachfrage war größer als die Produktionsfähigkeit, darum mußten Betriebsvermehrungen vorgenommen werden. Die Absatzsteigerung im Kinofilmgeschäft ging etwas zurück, wohl infolge hoher Schutzölle. Dafür wird die I.-G. Farberindustrie einen Ersatz durch die in Amerika gegründete Agfa Ansco Corporation erhalten, die inzwischen ihren Betrieb aufgenommen haben dürfte. Es ist eine der größten Kinofilmfabriken in Amerika. Auf dem Gebiete der Kunstsäureindustrie ist der Truss trotz starker ausländischer Konkurrenz und einem größeren Preiskampf fähig geblieben. Die Erzeugung von künstlichem Benzin und Dien ist lebhaft fortentwickelt worden. Die Stickstoffproduktion hat 1928 die Höhe von 700 000 Tonnen erreicht. Hier von sind zirka 400 000 Tonnen im Inlande abgesetzt, der Rest von 300 000 Tonnen wurde zu etwa ein Drittel ausgeführt, während zwei Drittel von der chemischen Industrie aufgenommen wurden. Die Mehrerzeugung an Stickstoffdüngemitteln gegenüber dem Vorjahre entfiel in der Hauptsache auf Leumasalpefer, Kalisalpefer und die verschiedenen Nitroskaarten. Neuaufgenommen wurde die Fabrikation von Lemnaphos und Kaliammonsalpefer. Da die Nachfrage nach Harnstoff im In- und Auslande nicht befriedigt werden konnte, ist auch für diesen Produktionszweig die Erweiterung der Produktionsanlagen vorgenommen worden.

Das kann dein Tod sein!

Achte auf Schutzkorb und Isolation!

So sehen wir auf allen Gebieten der chemischen Industrie einen unaufhaltsamen Aufstieg der I.-G. Farberindustrie zu einem Unternehmen, das produktionspolitisch fast das gesamte weite Gebiet der Chemie umfaßt und sich in Deutschland sowie in Verbindung mit ausländischen Großunternehmungen und eigenen Unternehmungen zu einer wirtschaftlichen Weltmacht fortentwickelt, die, gestützt auf ungeheure finanzielle Mittel, über einen beispiellosen Einfluß verfügt. Die industrielle Entwicklung sowie die enormen Gewinne der I.-G. Farberindustrie zeigen, daß mindestens für sie das trostlose Bild, das deutsche Wirtschaftsführer über die wirtschaftliche Lage der Welt vorzeichnen, nicht zutrifft. Gerade die I.-G. Farberindustrie hat angesichts einer solchen Entwicklung am wenigsten Ursache über die Lohnpolitik der Gewerkschaften zu klagen. Denn wenn irgendeine Industrie in der Lage ist, Lohnverhandlungen zu fragen, so ist es die I.-G. Farberindustrie. Die Verdienste dieses Unternehmens stehen in einem schroffen Gegensatz zu der Lohnpolitik, die von ihren verantwortlichen Stellen geführt wird. Wir haben bereits an anderer Stelle einmal erwähnt, daß gerade die I.-G. Farberindustrie bedenken sollte, daß sie alle Ursache hätte, ihre Arbeiterschaft,

die einen wesentlichen Anteil an diesem Aufstieg hat, in Hinblick auf die Entlohnung anders zu behandeln. Wenn selbst die Presse der Schwerindustrie auf die Zusammenhänge der Dividendenpolitik der I.-G. Farberindustrie mit der Lohnfrage hinweist, so muß diese Kritik unter Gesinnungsgenossen einen realen Hintergrund haben. Wir verstehen die Schmerzen der Großindustrie, denn wie will man einem Arbeiter dieses Großunternehmens gegenüber die Argumentation der notleidenden Wirtschaft aufrechterhalten, wenn einige Wochen nach den abgeschlossenen Lohnverhandlungen die Ausschüttung erhöhter Dividendengewinne erfolgt wäre. Die Aktionäre werden für die Nichterhöhung der Dividende anderweitig schadlos gehalten. Die Arbeiterschaft weiß, daß namentlich in der Lohnfrage eine Auseinandersetzung mit der Industrie auf glücklichem Wege nicht möglich ist; sie weiß, daß der Lohnkampf ein Machtkampf ist, bei welchem die Stärke der gewerkschaftlichen Organisation entscheidet. Sie wird auch aus der Entwicklung der I.-G. Farberindustrie ihre Schlüsse ziehen und durch Stärkung der Organisation dafür sorgen, daß sie bei Verteilung der Erträge der chemischen Großindustrie ihren gerechten Anteil, der ihr heute noch vorenthalten wird, erhält.

Deutsche Kunstsäureinteressen in Sowjet-Rußland.

Seit einiger Zeit tauchen in der Öffentlichkeit Gerüchte auf, wonach die I. P. Wernberg-A.-G., Barmen, beabsichtigen soll, in Sowjet-Rußland eine größere Kunstsäurefabrik zu bauen. Wie die Wernberg-A.-G. der Presse mitteilt, treffen diese Mitteilungen zu. Bereits seit längerer Zeit finden Verhandlungen über die Errichtung eines gemischten Kunstsäureunternehmens mit Sowjet-Rußland statt, die Verhandlungen hätten allerdings bisher noch „kein Ergebnis“ geführt, sie würden aber fortgesetzt. Zweifellos wird die Wernberg-A.-G. in kürzerer oder längerer Zeit ihre Ziele in Sowjet-Rußland erreichen und dort einen Betrieb mit den gleichen Ausbentungsmethoden errichten, die sie in Deutschland pflegt und in den letzten Wochen in Amerika bewiesen hat.

Wintershall — Sauerkonzern.

In der Gewerkschaftenversammlung des Dr. W. Sauerkonzerns wurde Generaldirektor Rosberg (Kassel) in den Grubenvorstand der dem Sauerkonzern gehörenden Kaliwerke gewählt. Wie dazu in der Presse gemeldet wird, ist der Wintershallkonzern bereits seit längerer Zeit an dem Sauerkonzern mit 200 Aktien der betreffenden Gewerkschaften beteiligt. Diese Aktien, welche Generaldirektor Rosberg persönlich gehörten, waren aber bisher auf den Namen eines Berliner Bankiers eingetragen und wurden erst jetzt auf den Namen des Generaldirektors Rosberg umgeschrieben. Außer diesen 200 Aktien soll aber angeblich die Rosberg-Gruppe aus dem Besitz eines anderen Werkes noch einen größeren Teil der Aktien übernommen haben. Von der Verwaltung wurde erklärt, daß die Sauerwerke für absehbare Zeit noch ihre Selbständigkeit behalten würden. Ganz besonders wurde darauf hingewiesen, daß zwischen Wintershall und dem Dr. W. Sauerkonzern schon seit Jahren ein Freundschaftsvertrag besteht und daß ein kleiner Konzern aus wirtschaftlichen Gründen eine Anlehnung an einen größeren Konzern nötig habe. Dieser Anlehnung und dem Freundschaftsvertrag wird aber kurz oder lang die Fusion folgen. Der Sauerkonzern verfügt über rund 25 Tausendstel der Gesamtbelegschaft. Der Wintershallkonzern hat rund 387 Tausendstel. Durch eine Fusion der beiden Konzerne wird der Einfluß von Wintershall wesentlich gestärkt.

Bronchonenferenz der chemischen und Gummiindustrie.

Am Sonntag, dem 2. Juni 1929, tagte in Halle eine Branchenkonferenz für die chemische und Gummiindustrie, die von 165 Delegierten besucht war, darunter 105 Vertreter des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands und 44 Vertreter vom Deutschen Metallarbeiter-Verband; 16 Vertreter gehörten den noch am Reichstafel beteiligten Verbänden an.

Den Bericht über die Lohnbewegung erstattete Kollege Schneider (Erfurt). Zunächst schilderte der Vortragende in großen Umrissen die allgemeine Lage auf wirtschaftlichem Gebiet. Die jetzt beendete Lohnbewegung war gekennzeichnet durch die Erklärung der Unternehmer, daß eine Lohnverhöhung nicht berechtigt sei. Sie brachten viel Zahlenmaterial bei, um zu beweisen, daß die Löhne in der chemischen und Gummiindustrie hoch genug seien. Wir wiesen darauf hin, daß es bei unseren Zielen und Aufgaben eine Grenze der Löhne nach oben nicht gibt. Außerdem sind die Tariflöhne doch nur Mindestlöhne. Die Öffentlichkeit wurde durch die Presse stark an dem Kampfe und an den sehr schwierigen Entschärfungen interessiert. In Zeitungsartikeln versuchten die Unternehmer klarzulegen, daß die Löhne hoch genug seien, die Meinung der Öffentlichkeit stand aber auf der Seite der Arbeiterschaft. Von beiden Parteien werden ca. 60 000 Beschäftigte erfaßt. Es ist deshalb unverständlich und unverantwortlich, wenn von der Presse der KPD, den Kollegen, die sich der schweren Verantwortung der Kampfesführung unterziehen, stets Hindernisse in den Weg gelegt werden. Die Verhandlungen vor dem Bezirksarbeitsamt hatten kein Ergebnis, die Arbeitgeber waren nur zu geringen Zugeständnissen bereit, alle übrigen Forderungen wurden abgelehnt. Ebenso war es beim Hauptarbeitsamt. Im Hauptarbeitsamt wirkte ein Vertreter der christlichen Organisation mit. Angesichts dieser Tatsache ist das jetzige Verhalten der Christen nicht verständlich, die mit zwei angestellten Vertretern die Versammlungen der sogenannten Opposition und Unorganisierten besuchen und dort gegen die Vertreter der freien Gewerkschaften hegen. Auf Unternehmerseite schließt sich der Ring immer fester zusammen. Überall, wo bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen gefordert werden, suchen die Unternehmer abzuwehren. Der Opposition muß doch bei Betrachtung dieser Bewegung klar werden, welches Unheil sie verrichtet. Oft können die Arbeitgeber sich auf Presse und Flugblattaktionen der Opposition berufen. Für jeden freigewerkschaftlichen Funktionär erwacht die Pflicht, andere Reihen zu stärken, dann wird es auch weiter vorwärts gehen. Vom Vorsitzenden Rolf Toltski wurde folgende Resolution der Tarifkommission bekanntgegeben, mit dem Ersuchen, sie in der Aussprache mit zu behandeln:

Die am 2. Juni 1929 in Halle tagende Branchenkonferenz für die chemische und Gummiindustrie Mitteldeutschlands erklart im Schlußbericht vom 29. Mai eine in allen Teilen ungenügende Neuregelung. Der Branchenkonferenz dient die getroffene Entscheidung nur als weiterer Ansporn, alles an den reiflichen Ausbau der freigewerkschaftlichen Arbeiterorganisation zu setzen. In der festen Überzeugung, nur mit Hilfe der freigewerkschaftlichen Organisation die Lage der Arbeiterschaft heben und bessern zu können, weist die Konferenz die über alle sachliche Kritik hinausgehenden Anfechtungen entschieden zurück. Die Führung im Ringen um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen wird auch weiterhin der Tarifkommission anvertraut. Von der Arbeiterschaft erwarten wir einmütiges Zusammenstehen und Vertrauen zur Sache.

Als erster Redner trat ein Kollege der Opposition auf, der eine Resolution einbrachte und eine Erklärungsfrage forderte. In voller Würdigung der schwierigen Situation lehnten alle Diskussionsredner, mit Ausnahme eines weiteren Redners der Opposition, die

Resolution der sogenannten Opposition ab. Es wurde von allen Rednern betont, daß der Abschluß des Tarifes nur ein Waffenstillstand sei, es müsse alles daran gesetzt werden, unsere Reihen zu stärken. An allen Funktionen liege es, die Voraussetzungen für einen Kampf zu schaffen durch Werbung für die freien Gewerkschaften. Im Schlußwort sagte Koll. Schneider die Aussprache zusammen. Er erklärte, daß die tariflichen Bestimmungen über Akkord- und Prämienarbeit und § 7 des RTB. stärker herangezogen werden müßten. Wenn es trotz der arbeitserfindlichen Tätigkeit der Opposition doch vorwärts geht, dann ist das der Erfolg der Arbeit unserer Funktionäre.

In der Abstimmung über die Resolutionen wurden für die Resolution der Tarifkommission 151 Stimmen abgegeben. Die Resolution der Opposition erhielt 14 Stimmen.

Im Punkt „Verschiedenes“ kritisierte ein Kollege das Verhalten der Opposition im Betriebsrat des Leunawerkes. Im trauten Verein mit den Gelben und Christen wurde in der Arbeitsordnung vereinbart, daß der Arbeiterrat die Bestrafungen nicht mitzuwirken habe. Koll. Tolski sagte das Ergebnis der Konferenz dahin zusammen, daß sie eine starke Willensäußerung der mitteldeutschen Arbeiterschaft in der chemischen und Gummiindustrie darstelle. Mit dem Entschluß der freien Gewerkschaften werden wir bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erreichen.

Nahrungsmittel-Industrie

Unfallschutz in der Nahrungsmittelindustrie.

II.

Laut Jahresbericht der Berufsgenossenschaft für die Nahrungsmittelindustrie wurden im Jahre 1928 18 826 Unfälle (im Vorjahre 15 895) gemeldet. Davon wurden als entschädigungspflichtig anerkannt 1208 (im Vorjahre 933). 51 Unfälle (im Vorjahre 44) hatten den Tod zur Folge. Es ist also bei den gemeldeten Unfällen eine Steigerung von nicht ganz 3000 gegenüber dem Vorjahre zu verzeichnen. Die Steigerung ist außerordentlich hoch, selbst wenn man berücksichtigt, daß auch bei den Versicherten eine Steigerung um rund 24 000 vorhanden ist. Die Steigerung der Versicherten beträgt etwas über 5 Prozent, während die Steigerung bei den gemeldeten Unfällen über 18 Prozent beträgt. Diese ungeheure Steigerung der Unfälle zeigt, daß in der Nahrungsmittelindustrie auf dem Gebiete des Unfallsschutzes noch sehr viel zu tun ist. Aber auch die entschädigungspflichtigen Unfälle sind um 275 oder um rund 29 Prozent gestiegen. Der Einwand, daß heute jeder kleine Unfall gemeldet wird, kann hier nicht geltend gemacht werden, da auch die entschädigungspflichtigen Unfälle, und zwar prozentual, noch mehr zugenommen haben als die gemeldeten. Auch die Unfälle mit tödlichem Ausgang haben sich gegenüber dem Vorjahre um sieben vermehrt.

Aber die Schuldfrage läßt sich der Bericht folgendermaßen aus:

„Besonders wird der Begriff „Schuld“ dann Anwendung zu finden haben, wenn Maschinen, maschinelle Einrichtungen, bauliche Anlagen usw. ohne Berücksichtigung des nötigen Unfallsschutzes auch dann noch weiter erstellt werden, wenn sich an ihnen durch Fehlen der Sicherheitsvorrichtungen Katastrophen ereignen und die Ersteller der Anlagen ausdrücklich hierauf und auf die notwendige Abänderung aufmerksam gemacht worden sind.“

Der Begriff Schuld wird hier den Unternehmern gegenüber sehr milde ausgelegt. Wir sind der Meinung, daß ein Betriebsleiter nicht nur dann die Schuld an Unfällen hat, wenn er von anderer Seite auf das Fehlen eines bestimmten Schutzes aufmerksam gemacht worden ist, sondern er hat selbst zu prüfen, ob der nötige Unfallsschutz vorhanden ist. Auf er das nicht, dann ist er von Schuld nicht freizusprechen.

In einer statistischen Zusammenfassung wird angezeigt, an welchen Betriebsstellen bzw. bei welchen Arbeitsvorgängen die meisten entschädigungspflichtigen Unfälle vorgekommen sind. Nachstehend bringen wir dieselbe auszugsweise wieder:

Betriebsstellen bzw. Vorgänge, bei welchen die Unfälle ereigneten:	Folgen der Unfälle nach dem Schweregrad				Summe
	Tod	teilweise	vollständig	Schwere	
Krafterzeugungsanlagen	1	—	2	3	
Kraftübertragungsanlagen	2	—	6	33	
Arbeitsmaschinen aller Art	1	—	42	183	226
Fördermaschinen und Einrichtungen	2	—	5	33	40
Transport	15	—	29	196	240
Koch- und Druckapparate	1	—	—	6	7
Festergasföhrliche heisse und ätzende Stoffe, glühendes Metall, Gase	7	—	3	16	26
Stromschluß, Einsturz usw.	1	—	5	36	42
Fall von Leitern, Treppen, aus Löchern	11	1	18	270	300
Maschinen herbeigeführte Unfälle	1	—	—	17	18
Handwerkzeug	2	—	3	31	36
Auf Wegen von und zur Arbeit	6	—	8	89	94
Verschiedenes	1	1	14	98	114
	51	2	133	993	1184

Dazu kommen noch 24 Unfälle, die infolge Betriebsübernehmungen von der BG. übernommen wurden. Davon sind 13 dauernd teilweise und 11 vorübergehend erwerbsunfähig.

Die größte Zahl der entschädigungspflichtigen Unfälle ist nach obiger Zusammenfassung beim Fallen von Leitern, Treppen, aus Löchern in Betriebsräumen und dergleichen eingetreten. Diese Position zeigt auch 11 Unfälle mit tödlichem Ausgang. Größere Aufmerksamkeit bei diesen Betriebs-einrichtungen und besserer Schutz ist also in erster Linie am Platze. An zweiter Stelle stehen die Unfälle beim Transport. Unfälle durch Kraftfahrzeuge und im Eisenbahnbetrieb spielen eine erhebliche Rolle. Obwohl die Zahl der entschädigungspflichtigen Unfälle dieser Position an zweiter Stelle steht, stehen die Unfälle mit tödlichem Ausgang dieser Position an erster Stelle. Ein Beweis dafür, daß die hier eintretenden Unfälle oft schwerer Art sind. An dritter Stelle stehen der Zahl nach Unfälle an Arbeitsmaschinen. Es handelt sich meist um Unfälle an Spezialmaschinen der Nahrungsmittelindustrie. Die Zahl derjenigen Unfälle, die dauernd teilweise Erwerbsunfähigkeit zur Folge haben, ist hier sehr hoch, sie betragen 42. In erster Hand ist es bei den Vorfallmeldungen durch Arbeitsmaschinen.

Ganz besonders hoch ist die Zahl der Unfälle mit tödlichem Ausgang bei den feuergefährlichen, ätzenden Stoffen usw. Von 26 entschädigungspflichtigen Unfällen führten sieben zum Tode. Insgesamt zeigt obige Zusammenstellung, wo in den Betrieben die meisten und schwersten Gefahren drohen und wo der Tod auf den Menschen lauert. Kommen wir nun noch auf einige Spezialunfälle zurück, die im Bericht besonders hervorgehoben werden.

Uch Unfälle mit tödlichem Ausgang sind infolge mangelhafter Isolierung an elektrischen Beleuchtungsanlagen eingetreten. Der Bericht sagt dazu, es habe den Anschein, als ob seitens der herstellenden Firmen bei diesen Anlagen nicht mit der erforderlichen Sorgfalt gearbeitet werde. Das scheint uns allerdings auch so, denn wenn im Bereiche einer Berufsgenossenschaft acht tödliche Unfälle auf mangelhafte Isolierung zurückzuführen sind, dann muß etwas nicht in Ordnung sein. Zur Verhütung derartiger Gefahren wird vorgeschlagen, die Verwendung von Starkstrom zu Beleuchtungszwecken an bestimmten Stellen zu verbieten und durch Einschaltung eines Transformators den Strom auf 30 bis 50 Volt herabzudrücken. Praktisch sei dieses durchaus möglich. Über einen Unfall aus der Konservenindustrie sagt der Bericht:

„Ein bemerkenswerter Unfall ereignete sich in einer Konservenfabrik an einem offenen Blanchierkessel beim Marmeladekochen durch Jerknallen des Kessels. Der Kessel war für 4 Atmosphären Betriebsdruck geliefert worden. Ein Sicherheitsventil war nicht vorhanden. Am Tage des Unfalles soll der Kessel schlecht gearbeitet haben, vermutlich infolge Vorhandenseins von Wasser im Dampfraum.“

Da sich Unfälle ähnlicher Art, wenn auch nicht immer mit tödlichem Ausgang, an diesen Kesseln ereignen, macht der

Wahrheit.

Der Kapitalismus hat die Welt entfeuert. Sein Triumphlied wird nicht von Menschen, sondern von Maschinen gesungen. Er hat die gewaltigsten technischen Kräfte entwickelt; er hat aber nicht vermocht, sie zu einer Veredelung oder Vertiefung menschlicher Existenz zu nutzen.

Wih. Sollmann.

technische Aufsichtsdienst geeignete Vorschläge, wie dieselben verhütet werden können.

100 Unfälle ereigneten sich an Dampfkochkesseln durch Umkippen des Kessels. Durch eine Feststellvorrichtung hätten die meisten Unfälle verhütet werden können. Die BG. hat in ihrem vorjährigen Bericht Zeichnungen über derartige Feststellvorrichtungen gebracht, die leider von den meisten Betrieben nicht genügend beachtet wurden. 26 Unfälle, davon 2 mit tödlichem Ausgang, ereigneten sich durch Einatmen von schwefeligen Dämpfen bei Kältemaschinen. Das veranlaßte die BG., durch ein Merkblatt mit einem Lotenkopf auf die besondere Gefährlichkeit dieser Maschinen hinzuweisen. Dieses Merkblatt wurde von den Fabrikanten, die Kältemaschinen herstellen, wiederholt beanstandet. Der BG. wurde sogar mit Unterlassungsklage gedroht. Allgemeinwohl und Profitinteressen streiten hier miteinander. Wir müssen die Forderung dringlichst unterstützen, daß auch an dieser Maschine alle Schutzmaßnahmen getroffen werden, die möglich sind. Erst müssen Leben und Gesundheit der Menschen geschützt werden und dann kommen die Profitinteressen bestimmter Maschinenfabrikanten.

Die Sicherung der Stahlflaschenventile gab wiederholt zu Beanstandungen Veranlassung. Die BG. fordert eine bestimmte Konstruktionsart des Ventils. Die Erzeuger machen Schwierigkeiten. Charakteristisch dabei ist folgendes: Ein Nahrungsmittelbetrieb, bei dem ein Unfall infolge mangelhafter Sicherung des Ventils passierte, verweist in einem Schreiben an die BG. darauf, daß von der Herstellungsfirma dieser Einrichtung verlangt werden könne, daß sie den nötigen Schutz anbringt. Die Erzeugerfirma lehne es ab, weil die Ventile einer normalen Ausführung entsprächen. Interessant ist folgende Stelle des Briefes:

„Bei einer Unterredung mit dem Ingenieur wurde uns aber von demselben bestätigt, daß eine derartige Maßnahme die Sicherheit der bedienenden Personen durchaus erhöhen würde und daß die bisher aus Mangel dieser Sicherung erlittenen Schäden auf ein Minimum beschränkt werden können.“

Das ist geradezu wie aus dem Munde des Teufels. Die BG. bemüht sich, weitere Sicherheiten durchzuführen. Der Ingenieur, der die Maschinefirma erkennt an, daß die vorgeschlagenen Maßnahmen die Unfallgefahr bedeutend herabmindern würden. Man gibt es Unternehmern gegenüber auch zu, lehnt es aber dennoch ab, die von der BG. verlangte Sicherung durchzuführen. Dieses Beispiel zeigt deutlicher als alles andere, daß für die Erzeuger lediglich Profitinteressen maßgebend sind, nichts weiter. Hier kann nur ein Gesetz helfen, das die Maschinenhersteller zwingt, den nötigen Schutz einzubauen.

Über Unfälle an Knet- und Mengmaschinen wird gesagt:

180 Unfälle ereigneten sich im Berichtsjahre an Knet- und Mengmaschinen. Diese Unfälle sind größtenteils darauf zurückzuführen, daß die vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen gefehlt haben, teils entsetzt worden sind.“

Es heißt dann weiter, daß die Hersteller der Maschinen wiederholt ermahnt worden seien, die Maschinen unfallicher herzustellen. Gegen mehrere Betriebsunternehmer, deren Maschinen nicht in Ordnung waren, ist strafend vorgegangen. Es sei zu beachten, daß für diese Maschinen ante, die Arbeit in keiner Weise hindernde Sicherheitseinrichtungen bestehen. Um so verantwortlicher ist es aber dann, wenn immer noch Maschinen im Betrieb sind, an denen der Schutz fehlt.

132 Unfälle ereigneten sich an Walzen aller Art. Ein großer Teil dieser Unfälle hätte nach dem Bericht verhütet werden können, wenn die Maschinen vorchriftsmäßig ge-

sichert worden wären. Die Unfälle an Aufzügen aller Art haben im Berichtsjahre bedeutend zugenommen. Allein an Fahrstühlen für Personenlasten ereigneten sich 188 Unfälle. Zahlreich wurden Aufzugsanlagen angetroffen, deren Türverschlüsse den UVB. und den Polizeivorschriften nicht entsprachen. In einem Stadtbezirk wurden in kurzer Zeit zwölf überwachungsspflichtige Aufzugsanlagen festgestellt, die seit Jahren ohne Abnahmeprüfung betrieben wurden, obgleich in den gleichen Werken andere Aufzugsanlagen vorhanden waren, die der Kontrolle unterstanden. Das mag eine nette Wirtshaft bei dem Überwachungsverein sein, der Betriebe überwacht und nicht einmal weiß, daß sich dort Anlagen befinden, die verbotswidrig betrieben werden. In den früheren Berichten lasen wir da manches Wort der Kritik. Durch das RTB. ist es den technischen Aufsichtsbearbeitern unterlag, mit der Kritik einzusetzen. Es sei deshalb von uns die Frage aufgeworfen: Hat die Gewerbeaufsicht hier ihre Pflicht getan, die doch diesen Betrieb ständig unter Aufsicht haben sollte, und wo war die Gewerbeaufsicht?

Eine untröstliche Rolle spielen jährlich in den Berichten die Unfälle an Nlemergetrieben. Im abgelaufenen Jahre passierten hier wieder 54 Unfälle. Aus der Margarineindustrie wird über folgenden besonders typischen Unfall berichtet:

„In einer Margarinefabrik gab die mangelhafte Beschaffenheit des Einschütrichters eines Kokosfettwollens Veranlassung zu einem schweren Unfall. Ein Verschieber kam mit der rechten Hand dem ungeschützten Einschütrichter zu nahe, wodurch Hand und Arm verloren gingen. Die Maschine war ungeschützt betrieben worden, trotzdem die Firma ausdrücklich von der BG. zur Anbringung einer Sicherung angehalten war. Der Genossenschaftsvorstand hat die Firma mit einer Geldstrafe von 3000 Mark belegt, die vom zuständigen Oberverwaltungsamt bekräftigt worden ist; außerdem wurde die Firma für die Unfallfolgen haftpflichtig gemacht.“

Es ist ein starkes Stück, daß eine Firma eine Maschine ohne Schutz laufen läßt und auch dann noch gegen eine vom Vorstand der BG., der doch auch nur aus Unternehmern besteht, festgesetzte Strafe Klage erhebt. In jedem Falle, wo festgestellt wird, daß entgegen den UVB. gearbeitet wird, sollte man den betreffenden Firmen die Kosten des Unfalls aufhalsen, das würde am besten dem Unfallsschutz mehr Beachtung erzwingen.

133 Unfälle sind an Zahn- und Kettenrädern zu verzeichnen. Allein 2595 schriftliche Anordnungen mußten erfolgen, damit der einfache Fahrradsschutz durchgeführt wurde. Verwiesen wird auf die Gefährlichkeit der Riffennagelmaschinen; die meisten Unfälle entstehen hier durch den beweglichen Nagelkasten. Die Bemühungen der Berufs-genossenschaft bei der Maschinenindustrie, auf Erstellung eines sicheren Nagelkastens, hatten bislang keinen Erfolg. Die Ventilatoren sind durch einen einfachen Drahtkorb sehr leicht zu schützen, trotzdem wurden bei der Revision 182 ungeschützte oder mangelhaft gesicherte Ventilatoren angetroffen. 22 Betriebsunfälle ereigneten sich an Ventilatoren.

Insgesamt zeigen die gemeldeten und entschädigten Unfälle ein trübes Bild. Wie ein roter Faden zieht es sich durch den ganzen Bericht, daß ein erheblicher Teil der Unfälle darauf zurückzuführen ist, daß die Maschinen und Apparate nicht dem UVB. entsprechend gesichert waren. Die Unfallzahlen steigen von Jahr zu Jahr. Wiederholt wird im Bericht festgestellt, daß selbst dort die Schutzvorrichtungen fehlen, wo sie mit wenig Unkosten und geringer Mühe angebracht werden könnten. Das zeigt davon, daß die Arbeitgeber und Betriebsleiter der Nahrungsmittelindustrie zu einem sehr großen Teile noch auf dem Standpunkt stehen, daß Menschenleben und gesunde Glieder bei ihnen nicht soviel gelten wie Gewinn. Um so mehr müssen unsere Unfallvertrauensleute auf dem Posten sein und für Durchführung des nötigen Unfallsschutzes sorgen. Es gilt, das Beste, nämlich Leben und Gesundheit der Menschen, zu schützen.

E. Senkfeld.

Papier-Industrie

Mißstände in der Papierfabrik Hegge.

Unter der Überschrift: „Was der Herr Obergewerberat nicht weiß“ tritt die Arbeiterschaft der Papierfabrik Hegge in der in Augsburg erscheinenden „Schwäbischen Volkszeitung“ Nr. 118 die Flucht in die Öffentlichkeit an. Die Arbeiterschaft fordert die Abstellung folgender Mißstände:

1. An Sonntagen (z. B. auch am 10. März, wo Herr König zur Kontrolle da war) wird ohne behördliche Erlaubnis produktiv gearbeitet; es werden also nicht Instandsetzungsarbeiten erledigt.
 2. Einzelne Arbeiter schaffen mit Zustimmung der Direktion an Werktagen bis 16 und mehr Stunden.
 3. Selbst von Frauen werden öfter 11 Stunden, von einzelnen bis zu 14 Stunden gearbeitet.
 4. An Samstagen werden einzelne Frauen von 6 Uhr bis 19 Uhr beschäftigt.
 5. Die Arbeiter an elektrischen Leitungen werden seit fünf Wochen durchwegs täglich bis zu 12 Stunden beschäftigt.
 6. An verschiedenen Sonntagen ist auf dem Holzplatz an der öffentlichen Straße die geräuschvolle Kreisäge gelaufen; Transport von Holz und Holzschliff findet jeden Sonntag über die Straße statt.
 7. An Sonntagen laufen Maschinen, die am nächsten Tage stehenbleiben, weil angeblich keine Arbeit da ist.
 8. Die am Samstag auf Nachtschicht eingeteilten Leute werden am Sonntag regelmäßig gezwungen, über ihre normale Schicht hinaus dazubleiben. Man läßt die Papiermaschinen von Samstag um 22 Uhr bis Sonntag um 10 Uhr und noch länger laufen und zwingt die Arbeiter dann noch zu Instandsetzungsarbeiten, so daß sie höchst selten vor Sonntagmittag aus dem Betriebe kommen.
 9. Die Arbeiter, die sich weigerten, an Sonn- und Feiertagen länger als zulässig zu arbeiten, wurden entlassen.
- Die „Schwäbische Volkszeitung“ kündigt Maßnahmen der sozialdemokratischen bayerischen Landtagsfraktion an, da nach

Ihrer Auffassung der Vorstand des Gewerbeaufsichtsamtes von Schwaben und Neuburg, Herr Obergewerberat König, diese Mißstände stillschweigend duldet und sie selbst dann nicht sehen will, wenn er zufälligerweise einmal den Betrieb kontrolliert. Wir sind aus Bayern gewohnt, daß der monarchistische Unfug höher bewertet wird als der Arbeiterschuttscheinend ist Arbeiterbeschäftigung ein Artikel, der zu den Belangen der königlich-bayerischen Republik nicht mehr zählt.

Sowohl uns bekannt ist, spielt der Besitzer der Papierfabriken in Augsburg und Schwangau, Herr Kommerzienrat Haindl, im Ausschüß der Papierfabrik Hegge eine ausschlaggebende Rolle. Herr Haindl ist aber gleichzeitig Vorsitzender des Arbeitgebersverbandes der bayerischen Papiererzeugungs-Industriellen. Wir würden es deshalb begrüßen, wenn Herr Kommerzienrat Haindl die Betriebsdirektionen in Hegge darauf aufmerksam machen würde, daß mindestens die tariflichen Bestimmungen in der Arbeitszeitfrage eingehalten sind und daß Lohnkontrahanten ein Unrecht darauf haben, daß die abgeschlossenen Verträge auch von der Firma geachtet werden.

G. Stübler.

zu mehreren Unternehmern Arbeit verrichten, und daß Hausarbeiter, die fremde Hilfskräfte beschäftigen, nur von einem einzigen Unternehmer abhängig sind.

Aus vorkstehend gezeigtem Bild geht hervor, daß die Arbeitsverhältnisse in der Hausindustrie mit einer Art Verzerrung verglichen werden können. Ingesamt können durch vorkstehende Verzerrung rund ein halbes hundert verschiedene Hausarbeitertypen festgestellt werden. Das ist ganz gewiß eine Hemmung zur klaren Beurteilung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in der Hausindustrie. Der Blick des Beobachters kann durch den gezeigten Umstand getrübt werden. Daß über diese Schau dazu benutzt wird, die Hausarbeiter zu Unternehmern zu stempeln, gehört zu den kläglichsten Erlebnissen unserer Zeit.

Es ist höchste Zeit, daß einer solchen Entwicklung Halt geboten wird. Bekannt ist, daß die Gesetze und die Kommentare, die auf die in der Hausindustrie beschäftigten Personen und Familien bezug nehmen, eine Dreiteilung vorgenommen haben: Hausgewerbetreibende, Hausarbeiter und Heimarbeiter. Das ist bis zu einem gewissen Grade nach

einen Arbeiter aus Strafe tagelang ohne Bezahlung nach Hause schicken und dies dann als Urlaub anrechnen kann. Daß die Organisation nicht gern gesehen ist, geht schon daraus hervor, daß der Vertreter der Organisation als „fremder Mann“ bezeichnet wird. — Den Ruf „Sibirien“ hat sich der Betrieb seit einiger Zeit unter den Arbeitern nicht mit Unrecht erworben. Es liegt aber nur an der Arbeiterschaft selbst. Sie sind in allen möglichen Organisationen (Industrieverband). In den letzten Jahren ist es gelungen, manchen Erfolg durch die Tätigkeit der Organisation zu erreichen. Obwohl innerhalb drei Jahren 18 Pfennig Lohnhöhung auch für die Unorganisierten erreicht wurden, halten es manche nicht für nötig, sich dem Verband der Fabrikarbeiter anzuschließen und so gemeinsam an der Besserstellung ihres Arbeitsverhältnisses mitzuwirken. Geben sie ihr passives Verhalten auf, dann kann der Verband auch in Zukunft für gerechte Behandlung und menschenwürdige Löhne eintreten.

Wida.

Frauenfragen.

Frauenagitation in der Konservenindustrie.

In der Konservenindustrie hat die Kampagne wieder eingesetzt. Lange hatten die Kolleginnen schon darauf gewartet. Diesmal nach dem strengen Winter war das in besonderem Maße der Fall. Die Tarifabschlüsse sind bereits vollzogen. Jetzt gilt es, die Zeitaufgaben zu erkennen — wenn wir besonders auch in der Konservenindustrie weiterkommen wollen. Alle Kolleginnen müssen ihr Augenmerk darauf richten, daß die festgelegten Stundenlöhne und Akkordsätze auch tatsächlich zur Auszahlung kommen. Darauf zu achten, ist in erster Linie die Aufgabe der organisierten Kolleginnen. Nicht in der übermäßigen Arbeitsleistung durch Akkord- und Überstundenarbeit soll der Weg zum auskömmlichen Lohn erblickt werden, sondern durch die Solidarität im Betrieb, d. h. durch den Zusammenschluß in der gewerkschaftlichen Organisation, wollen wir diesem Ziele näherkommen. In der Konservenindustrie sind überwiegend weibliche Arbeitskräfte beschäftigt. Nach der Berufszählung im Jahre 1925 sind von insgesamt 19 775 in der Obst- und Gemüsekonservenfabrikation beschäftigten Personen 14 428 Frauen. Daraus ergeben sich von selbst weitere und besondere Frauenaufgaben, die mit allem Nachdruck vertreten werden müssen.

Zur Zeit der Kampagne ist leider der geregelte Arbeits-tag noch eine Seltenheit. Vom frühen Morgen bis in die späte Nacht wird gearbeitet, meist nur mit einer ein- bis zweistündigen Arbeitsunterbrechung. Dabei ist die verlangte Arbeit sehr anstrengend, oft auch sehr schwer und unangenehm. Besonders schwer haben es die dem Dampf und der Hitze ausgesetzten Frauen in der Küche, die das zurechtgeputzte Gemüse wieder verarbeiten und auch meist lange Arbeits-tage haben, denn die Produktion soll nicht stocken, und es soll immer wieder „noch fertiggekocht“ werden. Das gesetzliche Nacharbeitsverbot wird oft übertreten, indem die Arbeitszeit im Betriebe selbst bis Mitternacht und noch länger dauert. Aber hier ist die Kollegin selbst mit schuld, daß es so ist. Niemand kann sie zwingen, aber 10 Uhr hinaus abends zu arbeiten, auch der Arbeitgeber nicht. Dann gibt es auch noch Hausarbeit, bei gewissen Gemüsesorten (Heimarbeiter). Und da soll die Kollegin am nächsten Tage wieder mit körperlicher und geistiger Frische die Arbeit aufnehmen können?

Kürzlich fand eine Versammlung der Braunschweiger Konservenarbeiterinnen statt. Frauenarbeit, Entlohnung und Arbeiterinnenschutz standen im Mittelpunkt der Betrachtungen und der Diskussion. Allerlei Mißstände mußten besprochen werden. Dabei gibt es dann noch Klagen über skandalöse Behandlung durch Vorgesetzte. Kolleginnen, die alt und grau geworden sind, müssen sich oft allerhand Nebenarbeiten lassen, wenn sie ihr gutes Recht fordern. In einem Betriebe mußten sich sogar 50 Frauen und mehr an einem einzigen Handtuch abtrocknen, obgleich manche dieser Frauen schon von der Spargelkrähe befallen waren. Natürlich sind solche Zustände leicht abzustellen — wenn die Kolleginnen es wollen. Kein Unternehmer wünscht, daß solche Zustände in seinem „lebenswichtigen Betriebe“ der Öffentlichkeit und der gewerkschaftlichen Organisation zur Kenntnis gebracht werden.

Auch die Betriebsrätefrage wurde besprochen. Nicht nur in Braunschweig, sondern allgemein in der Konservenindustrie ist die Betriebsrätefrage eine wichtige Angelegenheit für die Kolleginnen. Arbeiterinnenschulungsfragen in weitestem Sinne sind es, die von den Kolleginnen beachtet und geklärt werden müssen. Hygienische Notwendigkeiten, anständige Umgangsformen der Vorgesetzten mit den Arbeiterinnen, alles das sind Dinge, die die Kollegin als Betriebsrätin viel energischer fordern und erfolgreicher vertreten kann als mancher Kollege. Die Kollegin muß aber nicht nur als Betriebsrätin, sondern überhaupt aktiver werden; aktiver in der Wahrnehmung der gesetzlichen Rechte, aktiver in der Agitation für die Organisation und das Versammlungsleben, damit Aufklärung in die Reihen der Teilnahmslosen gelangt und so für Besserung der Arbeitsverhältnisse gekämpft werden kann.

Anna Jammert.

Literarisches.

Ramsey MacDonald: „Unsere Politik.“ E. Laubjohde Verlagbuchhandlung, G. m. b. H., Berlin W 30. Umfang 184 Seiten. Preis kart. 2,50 Mark, Leinen 3,50 Mark. — Was Karl Marx vor mehr als einem Dreivierteljahrhundert schrieb, beginnt unter der Führung der Labour Party heute Gestalt anzunehmen: „Die Lösung der Aufgaben des Sozialismus beginnt erst in dem Augenblick, wo durch den Weltkrieg das Proletariat an die Spitze des Volkes getrieben wird, das den Weltmarkt beherrscht, an die Spitze Englands. Die Revolution, die hier nicht ihr Ende, sondern ihren Anfang findet, ist keine kurzzeitige Revolution.“ Das Programm und die politische Praxis der Arbeiterpartei selbst, erläutert Ramsey MacDonald, der englische Premierminister, ausführlich in seinem Werke. In seinem Schlusswort sagt MacDonald: „Auf eine richtige Art und Weise angesehen und verstanden, nimmt die Arbeiterbewegung die Gesellschaft so wie sie ist, mit ihrem Guten und ihrem Bösen, ihren Triumpfen und ihren Fehlschlägen. . . . Sie kommt nach dem Kriege nicht nur, um zu heilen, sondern zu heilen — nicht, um Frieden als sentimentale Lehre zu predigen, sondern Fortschritt als männliche Doktrin. Die Geschichte ist ihr Lehrling, die Wissenschaft ihr Führer, die Politik ihr Mittel. Die Gesellschaft hat der Labour Party die Ideenarbeit und die Politik verliehen. . . .“

Evolution ist Revolution.

Die kapitalistische Welt kann erfragen, daß der Staat gleiche demokratische Bürgerrechte gibt, aber sie kann nicht überleben, daß die demokratische Selbstbestimmung der Massen in den Betrieb, in das Wirtschaftsleben vordringt. Deshalb bleiben wir, die wir über die politische in die wirtschaftliche Demokratie vordringen müssen, revolutionär, so reformistisch unsere Tagesarbeit erscheinen mag.

Wih. Söllmann.

rechtlichen Gesichtspunkten beurteilt zu verstehen. Zu verstehen ist es aber nicht, wenn Steuerbehörden sich anschicken, die gesetzlichen Bestimmungen so auszulegen, daß aus einem „abhängigen Arbeiter“ ein „selbständiger Unternehmer“ wird. Die Augeneinseher (Hausarbeiter) in der Spielwarenindustrie Waltershausen werden vom Rentamt Gotha als selbständige Gewerbetreibende behandelt und zur Gewerbesteuer veranlagt. Über das Rentamt Gotha veranlagt nicht nur Hausarbeiter zur Gewerbesteuer, sondern auch ausgesprochene Fabrikarbeiter, die im Betriebe des Unternehmers als Akkordarbeiter beschäftigt sind. Man könnte annehmen, daß sich das Rentamt mit der zuletzt genannten Veranlagung einen Scherz erlaubt hätte, wenn nicht der II. Steuerberufungsausschuß des Landes Thüringen in seinen Entscheidungen vom 15. April 1929 dem Rentamt Gotha rechtgegeben hätte, indem er die von dem Hausarbeiter und dem Fabrikarbeiter eingelegten Berufungen zurückwies. In folgenden Abhandlungen werden wir uns mit den Entscheidungen des II. Steuerberufungsausschusses des Landes Thüringen befassen und zu ihnen Stellung nehmen.

H. Elfiert.

Berichte aus den Zahlstellen.

Darftiel (Zahlstelle Höchst a. M.). Die Unglücksfälle in der Zellulose- und Papierfabrik von Offenheimer in Darftiel häuften sich in den letzten 14 Tagen in geradezu erschreckendem Maße. Der Arbeiter Stuhki erlitt am 27. Mai durch elektrischen Schlag den Tod. Stuhki war mit einem Stecker beschäftigt und soll nach Angaben dieses am verkehrten Ende zur Entfernung angefaßt haben. Ob diese Arbeit richtig ist, wird stark bezweifelt, mehr findet die Auffassung Glauben, daß die Isolierung beschädigt war. — Am Tage vorher war in der Spiritfabrik ein Unfall passiert, der leicht vier Menschenleben hätte fordern können. Die Arbeiter Gehl, Krup, Mobs und Caspar waren mit der Reparatur eines Laugenheißes beschäftigt. Plötzlich strömte kochende Lauge über die Beschäftigten, so daß die drei erstgenannten stark verbrüht ins Krankenhaus geschafft werden mußten. Caspar hat besonders durch die Wase gelitten und liegt ebenfalls schwer darnieder. In diesem Falle kann bestimmt nicht von der bei jeder Gelegenheit betonten Fahrlässigkeit der Arbeiter geredet werden. Uns will scheinen, daß die sonst sehr stark ausgeübte Aufsicht verlagert hat, das heißt, man hat nach unserer Auffassung die Arbeiter ohne die hier notwendige Aufsicht arbeiten lassen, so daß durch ein Versehen bzw. eine Nichtbeachtung der Vorsichtsmaßnahmen dieser Unfall hervorgerufen wurde. Den Schuldigen zu finden, dürfte in diesem Falle nicht sehr schwer sein. — Ein weiterer Unfall in der Spiritfabrik traf den Schlosser Fischer. Fischer hatte Reparaturarbeit an einem Bottich vorgenommen. Die Leiter, auf der er stand, rutschte und durch den Fall erlitt Fischer einen Schädelbruch. — Auch dieser Unfall hätte vermieden werden können, wenn die Leiter am Ende mit Haken zum Festhalten am Bottichrand versehen gewesen wäre. — Ein leichterer Unfall ereignete sich in derselben Woche in der Papierfabrik, wo sich ein jüngerer Arbeiter die Finger brach. Als eine ganze Serie von Unfällen innerhalb weniger Tage, die unter der Arbeiterschaft starken Unwillen auslösten, der um so begreiflicher ist, wenn man das System kennt, nach dem in diesem Betrieb gearbeitet wird. Amerikanische Arbeitsweise hat sich dort mehr und mehr durchgesetzt, das Gegenteil trifft aber auf die Löhne zu. Wo es nur einigermaßen angeht, versucht man, an jedem Pfennig zu knapsen. Schlosser, die als Betriebsarbeiter die Arbeit antreten, werden nach einiger Zeit als Schlosser beschäftigt, erhalten aber nur Betriebsarbeiterlöhne. Bei der Transportkolonne wird für schwerste angestrengte Arbeit nur der Tarifminderlohn gezahlt. Von der Organisation auf das Unsoziale dieser Handlungsweise hingewiesen, heißt es: Wir zahlen Tarif und Sie kennen unsere, d. h. des Arbeitgebers, schlechte Lage nicht. Dabei kann ohne Übertreibung gesagt werden, daß sich der Betrieb mit seinen 550 Beschäftigten, der zweitgrößte dieser Art in ganz Hessen-Nassau, sehr rentabel gestaltet. Aber auch sonst bleibt manches in dem Betriebe zu wünschen übrig. Hat ein Arbeitskollege sein Penum fertig und glaubt, nun mit seinen müden Knochen nach Hause gehen zu können, dann kommt Meister Berger und verlangt Überstunden. Werden sie abgelehnt oder hat sich sonst ein Arbeiter gegen die viel gepriesene Ordnung vergangen, so kann er zwei, drei, ja unter Umständen acht Tage feiern und darüber nachdenken, daß es gefährlich ist, gegen den Stachel des Meisters Berger oder Öbring zu lecken. Verlangt der organisierte Arbeiter sein Recht (die Unorganisierten lassen dies aus begründlichen Gründen bleiben), so wird dem Organisationsvertreter von dem Direktor Dr. Bloch mitgeteilt, daß die Arbeiter Urlaub hätten. — Es ist bei dieser Methode Erfolg gehabt. Das Arbeitsgericht Frankfurt wird nun in nächster Zeit zu entscheiden haben, ob man

Der Verbrauch an Zeitungsdruckpapier in der Welt im Jahre 1928.

Nach der kanadischen Fachzeitschrift „Pulp and Paper Magazine“ gestaltete sich der Verbrauch an Zeitungsdruckpapier in der Welt im Jahre 1928 schätzungsweise folgendermaßen:

Staaten:	Jahresverbrauch in t à 907 kg
Vereinigte Staaten	3 500 000
England	835 000
Deutschland	485 000
Frankreich	270 000
Kanada	160 000
Australien	145 000
Argentinien	120 000
Rußland	100 000
Brasilien	35 000
Neuseeland	25 000
Südafrika	19 000
Alle übrigen Staaten	845 000
Insgesamt:	6 500 000

Verschiedene Industrien

Gewerbesteuerpflicht in der Hausindustrie.

Die Thüringischen Rent- und Finanzämter veranlagten die Hausarbeiter neben Umsatz- auch mit Gewerbesteuer. Sie stützen sich dabei auf den § 1 des Gewerbesteuergesetzes für Thüringen. Die diesbezüglichen Bestimmungen lauten:

§ 1, Abs. 2
Als Gewerbe im Sinne dieses Gesetzes gilt jede fortgesetzt auf Gewinnerzielung gerichtete selbständige Tätigkeit, die sich als Betätigung im allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr darstellt. Die Annahme eines Gewerbebetriebes wird weder durch eine zeitweilige Unterbrechung der Tätigkeit noch durch die nur einmalige Ausübung der Tätigkeit ausgeschlossen, wenn anzunehmen ist, daß die Tätigkeit bei sich bietender Gelegenheit wiederholt wird.

In diesen Bestimmungen ist vor allem Wert darauf gelegt, daß der Gewerbetreibende eine selbständige Tätigkeit ausübt und seine Tätigkeit auf Gewinnerzielung gerichtet ist. Man will also damit den wirklichen Unternehmer treffen.

Darüber ist zu prüfen, ob der Hausarbeiter wirtschaftlich selbständig und deshalb steuerrechtlich als Unternehmer zu behandeln, oder ob er unselbständig ist und daher den anderen Arbeitern in steuerlicher Beziehung gleichzustellen ist.

Ist der Hausarbeiter Unternehmer oder ist er Arbeitnehmer? Das ist die entscheidende Frage, die zu klären ist. Die Verhältnisse in der Hausindustrie, insbesondere in der thüringischen Hausindustrie, sind recht verschiedenartig. Wir wollen den Versuch unternehmen, die in Thüringen vorkommenden Typen von Hausarbeitern festzuhalten. Es sind folgende Hausarbeitertypen festgestellt:

1. Hausarbeiterinnen bekommen vom Unternehmer Rohstoffe oder Halbfabrikate zur Weiterveredelung geliefert. Bei Ausübung dieser Hausarbeit kommen folgende Hausarbeiterinnentypen in Frage:

- a) Hausarbeiterin arbeitet allein;
- b) Hausarbeiterin arbeitet mit ihren Kindern;
- c) Hausarbeiterin arbeitet zu einem Unternehmer;
- d) Hausarbeiterin arbeitet gleichzeitig zu mehreren Unternehmern.

Vorkstehende Hausarbeitertypen treten in gleicher Zahl in Erscheinung, wenn sie die Rohstoffe teilweise oder ganz selbst beschaffen müssen.

2. Hausarbeiter bekommt vom Unternehmer Rohstoffe oder Halbfabrikate zur Weiterveredelung geliefert. Bei Verrichtung dieser Hausarbeit sind folgende Hausarbeitertypen festgestellt:

- a) Hausarbeiter arbeitet allein;
- b) Hausarbeiter arbeitet mit seiner Frau zusammen;
- c) Hausarbeiter arbeitet mit seiner Frau und Familienangehörigen;
- d) Hausarbeiter arbeitet allein und beschäftigt fremde Hilfskräfte;
- e) Hausarbeiter arbeitet mit seiner Frau und fremden Hilfskräften;
- f) Hausarbeiter arbeitet mit seiner Frau, eigenen Kindern und fremden Hilfskräften.

Vorkstehende Hausarbeitertypen treten in gleicher Zahl in Erscheinung, wenn sie die Rohstoffe zu dem ansitzenden Auftrag ganz oder teilweise selbst beschaffen müssen, aber auch dann treten dieselben Typen wieder in Erscheinung, wenn die Frage aufgeworfen wird, ob sie zu einem oder gleichzeitig zu mehreren Unternehmern Arbeit verrichten.

Es kommt vor, daß vorkstehend aufgeführte Heimarbeiter-typen im einzelnen nur zu einem Unternehmer Arbeit verrichten. Dabei ist es gleichgültig, ob sie fremde Hilfskräfte beschäftigen oder nicht. Es kommt auch vor, daß jeder einzelne Typ zu mehreren Unternehmern Arbeit verrichtet. Weiter kommt vor, daß die Hausarbeiter, die allein arbeiten,

❖ ❖ Unterhaltung, Wissen und Bildung ❖ ❖

Judas auf dem Scheiterhaufen.

Skizze von Eul Pipin.

In der kleinstädtischen Provinzorttschaft gibt es nur einen größeren, modernen Betrieb. Es ist eine Fabrik für Großholzverarbeitung, Holzspaltemaschinen, Motorsägeanlagen aller Art raffen und zischen von früh bis spät. Wuchtiges Stammholz der schlanken, himmelhohen Doppel wird zu faustdicke Polterholz, also zu Holzrädern, zerlegt. Anderswo zischt das stabblanke Jahrbuch der Schneidemaschine scharf und gierig, wie ein bissiger Hund, durch den Baumstamm. Brett auf Brett schiebt die raube Hand des Arbeiters.

Da gibt es Leute, die haben der weßbewegenden Arbeit manches Opfer gebracht. Blutige Opfer. Dem einen fehlt ein Finger, dem anderen ist die eiserne Kollegin, die Maschine, zwei, drei Oberer von der Hand. Ein dritter ist so handverkräppelt, daß er nur Handklingerdienste als Brettschlichter leisten kann.

Alle, abgebaute Schreinergelesen, die aus der Zeit der Handluge krumme, nach außen stehende Beine mitbrachten, schaffen gern um geringen Lohn. Denn der Fabrikherr ist sozial böse im Rückstand und paßt zu seinen Leuten. Gelegentlich Tariflohn gibt es nicht. Bezahlung nach Leistung. Soll heißen: nach Günst. So steht es dort aus.

Vor vielen Jahren brachten die Holzmaschinenarbeiter den Rat auf, einen Fachverein zu gründen. Da packte ich den Stier gleich bei den Hörnern, warf ihn ... heute ist er jähm, rühmt sich der Fabrikherr.

Eines Tages kommt einer aus der Großstadt. Der kennt und weiß, was dem gedrückten Arbeiter hilft. Ein Duzend von seinen Kollegen sucht er sich raus. Er hält sie für die halbwegs Anrecht hier im Betrieb und legt ihnen seinen Plan auseinander. Der Gipfel in der Gründung einer Verbandszählstelle.

Der fassere Mann kann seine gedruckten Kollegen nicht so recht verstehen und sagt ihnen: „Wer kann uns wehren, einig zu sein?“

Einer meint: „Kein Mensch, kein anständiger Mensch. Unter dem Haufen ist aber ein Judas ...“

„Vor dem müssen wir uns hüten ...“ warnt ein anderer.

Da redet sich der aus der Stadt: „Hüten, fürchten vor ihm? Nein, Kollegen, wir dürfen nichts, aber auch gar nichts fürchten. Laßt Euren jirkulieren, Aufnahmeformulare für den Verband. Sagt, ich habe das veranlaßt. Und wer ist der Judas? Mit ihm rede ich was Spezielles ...“

Anders Tages beginnt die Arbeit für den Verband. Flugblätter, Fachzeitungen, Anmeldeformulare, alles für den Verband. Die Fabrik ist damit überfüllt. Als es soweit ist, geht der Georg Grad, also der aus der Stadt, holt sich die zwei, drei, die den Betriebsrat vertreten und sagt zu ihnen: „Kommt, wir gehen ins Kontor.“

„Augenblicklich höre ich dem Herrn sein Auto fuhren, warfen mer noch a Stündl ...“ schlägt einer vor.

„Mir da, Alter, soll'n warten, bis der Judas alles vermasselt hat droben im Kontor? Wir wollen dem Plappermaul zuvorkommen.“ Das brüht der Georg Grad durch. Die drei, vier Leute gehen.

Droben im Kontor wartet der Georg nicht zu, bis der Herr gnädigst gerührt, die Arbeiter anzureden. Der Grad sagt ganz einfach und sachlich: „Herr Holzmann, wir wollen dem Judas, dem Dingebald, also, wie heißt er geschwind? Ja, so, Alwis Lackelbich, also dem wollen mer zuvorkommen und Ehra melhen, daß ich, ganz allein ich, in der Fabrik für den Verband agitiert hab.“ Flugblätter und andere Sachen, alles hab' ich verteilt ...

„Und es glauben, ich bin noch nicht davon informiert?“ spöttelt der Fabrikant.

Der Georg Grad pfeift sich ein durch die Zähne und meint: „No ja, das hat er Ehra halt telephoniert, der Ehrenmann ...“

„Beleidigen es nicht meine braven Arbeiter, Sie ...“

„Sie ...“

„Ja, er geht ...“ lacht der Georg. Also verlassen die drei Leute das Kontor.

Eine Stunde später kommt ein ganzer Trupp Leute zum Fabrikanten in sein Privatbureau.

„No, no, wo brennt's, was is los? wundert sich der Herr.“

„Ein kloßiger, baumstammiger Mann tritt vor und laßt unbeholfen: „Wir soll'n sagen, die Belegschaft schmeißt die Arbeit hi, wenns den Grad entlassen ...“

Der Prinzipal macht ein Gesicht, wie ein wilder Stier, dem das Bein auf den Schädel sank. Der reiche Mann brüllt: „Ihr Narren ...“

„Das andere bleibt ihm im Halbe hängen.“

„Damit die Sache nicht leer läuft, laßt ein trauerer Dickschädel zum Herr: „Mir kan alle beim Verband gemeldet, bis auf den Empfen, den Lackelbich ...“

„Gebuld“, sagt der Herr.

Nach Minuten ist sich der Fabrikant schlüssig: „Paßt auf, Leute, so machen wir's: Ihr laßt mir den braven Lackelbich, dafür kann der Grad bleiben ...“

Einer schaut dem anderen an. Dann troden die Leute zusammen die Treppe hinunter.

Der Georg Grad geht ins Elterns mit der Schwierkonne; da laßt eben der Herr im Auto weg. Beim Gang über den Lauerhof steht der mit der Schwierkonne einen angeschickelten Wetterhaken aus der hohlen Wirtz raus raschen. Der Mann denkt: wo es rautsch, da ist Feuer. Richtig, der Holzofen leht von innen heraus.

Mit langsamem Sprünge holt Georg Grad Kollegen herbei. Schon jüngere Flammen aus dem Scheiterhaufen. Ein Arm hebt sich immer im Feuer hoch. Offen kommt ein Kopf zum Vorschein.

„Hilfe!“ schreut eine Stimme aus dem brennenden Scheiterhaufen.

Ein Mann im Hof schreit mit hochhefter, roher Betonung: „Laßt den Kerl verbrennen, der Judas is's!“

Da fährt der Georg drein: „Soll die breite, ledere Regenbede ... es off, ihr Wirtzherren, zu reffen ...“

„No, her die Bede ...“

„und du da oben ...“

„oder du ...“

Der Judas hat sich Fortwunder geholt. Der Doktor verbrüht und lacht: „S'weiß ich!“

Halt verbrüht fufft der Schwierkonne in sich zusammen. Beim Weggären finden die Leute eine leere Schnapsflasche und einen Pfefferkornel.

„No, Euchen Kammern raus Lackelbich. Der Judas hat den Scheiterhaufen im Rausch unversehens anzündelt ...“

Nach Tisch wird der Georg Grad zum Prinzipal gerufen. Der streckt dem Arbeiter die Hand hin und redet so: „Sie kann doch a ganzer Kerl und a braver Mensch, hab' ich mir lassen lassen ...“

„wenn Sie irgend was wollen wegen ihrem Verband, Lohngeheßen ...“

„Sie sind mer ganz recht, ich laße Sie zur Ansprache ein ...“

Der Arbeiter meint drauf: „Danke, Herr Holzmann, was der Einlecker werde ich im Namen wirtzer Verbandes und im Auftrag der Metzger recht bald Gehraß machen.“

Vor der Schwere an gibt es unter den Leuten in der Fabrik keinen Judas mehr.

Blumenschicksal - Frauenschicksal.

Vom Lenzeszauber wachgeküßt, sind sie ins Dasein getreten, die gelben, blauen und weißen Frühlingskinder. Bunte Falter umflattern sie, hohlen um ihre Freundschaft. Der Wind, der sonst so wilde Gefelle, hat sie geklaut und streichelt sanft ihre Blumenköpfchen, denn auch er möchte ihnen Freund sein.

Mitten durch diese Pracht schreiten als Beherrscher der Natur die Menschen. Mit Wohlgefallen schauen sie auf ihre untertänigen Naturkinder, bald hier, bald da eines pflückend. Sorglich, behutsam, fragen die einen sie heim, ihnen am Fensterbrett ein Plätzchen gebend, wo sie die Sonne am frühen Morgen zum neuen Tage weckt, und der Wind ihnen Kunde bringen kann von ihren ehemaligen Gespielen in Wald und Flur: Laufendmal wohl gleiten die sorglichen Augen zum Fensterbrett, streichelt eine liebe Hand über die bunten Frühlingskinder, und im Schauen dieser Blüten, löst sich immer neue Freude in den Menschenherzen aus.

Viele aber pflücken in vollem, wildem Begehren vom bunten Flore, drücken die Blüten in ihren heißen verlangenden Händen fest, nicht begreifend, daß solches Gebaren den kaum erschlossenen Blüten nicht gut ist. Lassen sie dann müde und weik die Köpflein hängen, ist's auch vorbei mit der Menschenfreude. Ihrer überdrüssig, werfen sie sie von sich — wie etwas, das keinen Wert mehr hat. — Sind diese Blüten nicht den ersten Sonnenstrahlen gefolgt, die sie wachgeküßt? — Hast du, o Mensch, das Recht, zu zerstören? Liegt nicht in der Hingabe die Macht des Herrschens?

Als ich die welken Blüten am Wegrand sah, dachte ich: Blumenchicksal - Frauenschicksal!

Berta Rich.

Ein Opfer sonderbarer Moral.

Wahrheitsgetreue Schilderung: B. Rich.

Mit verweinten Augen sah Klara am Tische. Das Leben wurde ihr nicht leicht gemacht, ganz besonders leht nicht, wo sie mußte, daß sie ein Kindlein unter dem Herzen trug; ein Kindlein, dessen Daseinsberechtigung nicht durch die Ehe sanktioniert wurde, und doch das Vermächtnis einer großen, edlen Liebe war.

Wie oft kommt es anders als man denkt! O, sie hatte den schmucken Burschen so sehr geliebt. Er verdiente es auch, so frei und offen, ohne Arg war sein Wesen. Sie hatte ihm so selig vertraut, und heute ...? Heute war er nicht mehr unter den Lebenden. Ein Unglücksfall hatte ihn von ihr gerissen, sie allein lassend mit dem Zeugen ihrer Liebe, ihres Glücks.

Wie hatte die Mutter ihr und dem Toten geküßt, als sie ihr das Geständnis ihres Zustandes machte. Wie Peitschenblöße fielen die Beschimpfungen auf ihre gequälte Seele.

Etwas zu laut wurde die Tür aufgetissen. Die Mutter, die aus der Kirche kam, trat ein. Wohl sah sie die verweinten Augen ihrer Tochter, doch sie blieb ungerührt von ihrem Jammer.

„Ja“, schimpfte sie los, „hättest früher geweint, du Ehrvergessene. Nur Schande bringst du über mich. Sieh dir deine Schulfreundinnen an. Welch schöne Jugend erleben sie. Eine Freude, sich unberührte Menschen! — Du aber bist eine ehrvergessene Lörin. Es mußte ja so kommen. Oft genug habe ich dich vor dem „Noten“ gewarnt, der nie zur Kirche ging. Nie habe ich etwas von ihm gehalten.“

„Mutter, beschimpfe nicht den Toten; — er war gut, nur zu gut. — Und wenn du auch den Stab über mich brichst, ich habe nichts getan, als geliebt. — Kann die Liebe eine Schuld sein? — Wenn du mir auch meine Schulfreundinnen als Beispiel, hinsetzt, ich kenne manche besser. Kennst du die verborgenen Seiten ihrer Seele? — Wie waren sie neiderfüllt, als ich ihn noch hatte. — Verstoße die Ehrlose, wenn es dir deine Moral gebietet. Du kannst mir nur die Heimat nehmen. Bald aber wird das Kind, das unter meinem Herzen ruht, für das Leben erwachen, und dann wird mich mein Kind, — sein Kind, — lieben, und ich werde bei der Sorge um das kleine Wesen alle Unbill vergessen.“

„Dann geh doch — heute noch, es hält dich niemand. Geh mit deiner Schande, sonst bleibt alles hier, ich habe nicht für eine Ehrlose geschafft.“

Mit ihrer kleinen Habe zog Klara noch am gleichen Sonntag fort. Schon zuvor hatte sie, um dem Drängen und den Qualereien der Mutter aus dem Wege zu gehen, Umkleu gehalten nach einem Aufenhaltsorte. Sie ging in die Stadt, und da sie erst keine Arbeit fand, und ihr Zustand in dem Mädchenheime bald bemerkt wurde, gab man ihr zu verstehen, daß sie nur so lange bleiben könne, als sie bezahlen könne. Man wies sie ins Fürsorgeheim, das von Schwestern geleitet wurde.

Bald fand sie Arbeit in der Konservenfabrik. Der bittersten Not war sie entgangen. — Tag für Tag stand sie nun an ihrer Arbeitsstätte. Ein warmer Glanz lag in den großen dunklen Augen, als besäße sie ein stilles Glück. Doch wenn man in ihrer Nähe stand, dann vernahm man oft das plötzliche Aufstöhnen, sah man den gequälten Zug in dem auch jetzt noch so schönen Gesichte, der von archen, härterlichen Qualen sprach. Oft drohte sie zusammenzubringen. Gewaltig raffte sie sich immer wieder auf. Nur noch zwei Monate, dann war ja alles vorüber.

Eine Nacht wollte kein Ende nehmen. Sie wälzte sich vor Schmerzen auf ihrem Lager. Ihre Zimmerkollegin ging zur Stationschwester und bat um Rat und Hilfe.

„Sie soll ins Wäschereimmer gehen“, war der Bescheid.

Die Kollegin hat weiter, doch wenigstens mitzukommen.

„Es ist nur meine Pflicht, für die „Gefallenen“ zu besorgen, andere Pflichten habe ich nicht!“ — Ihre Ordnungsregel verbot nämlich, einer Wäscherin beizuhelfen.

Noch war es nicht Zeit. Einige Wochen noch schleppte sie sich unter größter Aufopferung mit ihrem Zustand weiter. — Dann wieder eine Nacht, lang und schwer. Das Kind kam zur Welt — tot. Die junge Mutter lag krank, von wirren Fiebertäumen gefickt streckte sie wie abwehrend die Hände aus ... Nein, keine „Gefallene“, keine Ehrlose, — nur reine Liebe.

Die Mutter wurde zu der Sterbenden gerufen. Doch ein paar Minuten, ehe sie angekommen war, die Tochter verchieden.

Weinend sah die Mutter auf die toten Züge ihres Kindes, das nun ausgelitten hatte.

Alles, was sie in ihrem Schmerze herausbringen konnte, war: „Warum, warum mußtest du diesen Fehler begehen? — Hättest du es doch nicht getan, dann könntest du noch leben.“

Welch sonderbare Moral, die noch als Anklägerin vor die Tote trat. Und wie viele fallen dieser Moral zum Opfer, verlieren Heimat und Heimatrecht, werden in der Welt von Ort zu Ort gestochen, nur weil sie es wagten, die allgewaltigen Gefühle des Mutterbewußtseins zu bejahen.

Humoristische Ecke.

Der schwerhörige Professor.

Ein Chemieprofessor war schwerhörig, aber ängstlich bemüht, diese Schwäche zu verbergen. Er ließ sich nie etwas wiederholen, sondern tat so, als ob er alles gleich beim ersten Male verstände.

Eines Tages erklärte er eine chemische Reaktion an der Tafel und fragte dann, ob jemandem noch etwas unklar sei. Ein Student stellte eine Frage:

„Ich möchte wissen“, schrie er laut, dann aber verlor sich seine Stimme zu der Stärke des gewöhnlichen Unterhaltungstones, „warum wir einen solchen Ibioten wie Sie als Lehrer haben müssen?“

Die Klasse schrie vor Lachen, der Professor jedoch sagte mit norwürzvollem Blick: „Ich sehe keinen Grund zur Heiterkeit. Die Frage ist vollkommen vernünftig.“

Eine alte Wahrheit?

Der alte Naturforscher und griechische Weltweise Aristoteles sagte, alle Tiere, welche einen langen, buschigen Schwanz haben, besitzen einen kleinen Kopf und große Kinnbacken. Konrad von Megenberg, dem wir die erste in unserer Muttersprache verfaßte Naturgeschichte zu verdanken haben, bemerkt zu dieser Behauptung: „So führen die Färken und Mächtigen stets einen Schwanz mit sich, denn ihnen folgt überallhin eine lange Dienerschaft. Ihr Kopf, das heißt ihr Verstand, ist winzig klein, doch ihre Kinnbacken und ihre Gefräßigkeit ist groß.“

Moderne Kinder.

Du wirst noch der Nagel zu meinem Sarg!
Ruff Vater und kann sich vor Zorn kaum fassen.
Da fragt sein Junge ganz ohne Arg:
Ich denke, du willst dich verbrennen lassen?

Frühen warn!

Lehrerin: „Frühen, wenn du dich nicht anders benimmst, dann schreibe ich einen Brief an deinen Papa.“

Frühen: „Lass Sie das bloß nicht, Fräulein, denn Mutter ist fürchter eifersüchtig.“

Von unten nach oben.

Der Arbeiter muß die materielle und geistige Kultur seiner Zeit als sein schwer erarbeitetes Werk, als das Werk vergesellschafteter und solidarisch miteinander verbundener Arbeitsmenschen empfinden. Die Arbeiter, die sich heute gezwungen gemeinsam in der Gesellschaft betätigen, haben dieses wirtschaftliche Zwangsverhältnis durch ein freigelegentliches Arbeitsverhältnis zu ersetzen. Das bedingt selbstverständlich die Beseitigung jedes Herrenrechts in der Fabrik. Der allgemeine Wohlstand auf Erden kann nur entstehen, wenn die Arbeiter sich solidarisch verbunden fühlen und die Leistungsfähigkeit ihrer Köpfe und Hände wesentlich steigern. Der Sozialismus hat eine hohe Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit zur notwendigen Voraussetzung. Die Solidarität ist ein aus der kämpfenden Arbeiterschaft heraus reborener moderner Begriff.

Paul Kampfmeyer.

Der Heiratschwindler.

Skizze von Willy Wagner-Stürmer.

Der Heiratschwindler Jim Serlett, abergläubisch wie jeder, nach dem die Polizei verschiedener Provinzen fahndet, strich sich eines Morgens melancholisch den gefächerten Spitzbart, stellte sich vor den breiten, goldgefächten Spiegel seines Hotelzimmers und zog eine Bilanz seines seitherigen, abemehrungsreichen Daseins, seines leeren Bankkontos bei der Firma Arnheim u. Co. und zugleich über den Rest seines kümmerlichen Barvermögens.

Jögernnd zählte er an den Juchekköpfen nach seinem Schicksal, niedergeschlagen, hoffnungslos, mit einem Gefühl des Unbehagens auf der Seele, so oft er an die Witwe Sollings, sein letztes Opfer, und ihre ihm anvertraute Mätresse dachte, die er letzte Nacht im Spiel verloren hatte.

„Mein Leben ist bankrott, mir ist nicht mehr zu helfen. Ich werde Bankrott nehmen“, dachte er, während er langsam die schwarzseidene Kravatte band, seinen letzten Fünfmarktschein in die linke Westentasche steckte und hinaus auf die Straße trat.

Die Häuser lagen traurig in einem verregneten Tag, der Himmel war finster und verloschen, die Straßen naß und grau. So ein Tag, richtig zum Verzweifeln. Vorzüglich setzte Jim Serlett den Lackschuh auf das Trottoir, schaute sich gähmend nach einem Taximeter um, der ihn zu der ziemlich entfernten Apotheke bringen sollte, in der er die letzten fünf Mark in einem halben Kilo Zynkali anzulegen gedau. Schmerzlich dachte er an sein geringes Barvermögen, mit dem er sich nicht einmal einen Kranz kaufen konnte, von einer Dankagung an seine zweiundzwanzig Bräute vollständig abgesehen.

Mit einer sparsamen Regung trat er an die Haltestelle der Hochbahn, wartete einige Minuten, und schon nahm ihn einer der Wagen auf. Es ging gegen Mittag, die Platzform war überfüllt, unbeschadet landete Serlett zwischen Kommiss und Ladenmädchen mit.

Neugierig wartete er auf den Schaffner, mit einem schmerzlichen Zug um die Lippen, das Bild eines wahrhaft ehrlichen Jahrganges.

Der Schaffner schien ihn zu übersehen. Serlett war in Kleinigkeiten bis heute noch immer ehrlich gewesen. Noch nie wäre es ihm eingefallen, die Hochbahngesellschaft um knappe fünfzehn Pfennige zu betrügen, bei einer Revision die Aufmerksamkeit auf sich und seinen Ticketbrief zu lenken, der noch in verschiedenen Bezirken unter Druck gerahmt, die Wandziffern zierle.

Aber heute. Er hatte seinen letzten Fünfmarktschein, der zu Selbstmordgedanken bestimmt war, jögernnd wollte er ihn in die Hand nehmen, seine Großzügigkeit kämpfte mit einer sparsamen Haltung in seinem Innern. Auf der Suche nach dem besten Verlangen nach einem Fahrchein, irgend eine Stimme ließ ihn jedoch schweigend mit der Gefahr spielen, ließ ihn Gefallen finden an einem letzten winzigen Betrag. Der Schaffner war vorüber, schon war er an der Zielstation angelangt, seine Gedanken nahmen eine andere Richtung, konzentrierten sich auf den Abschied von dieser Welt und auf das Zynkali.

Die kleine Episode war verfliegen, er sprang vom Trittbrett, griff geschäftsmäßig in die linke Westentasche und warf den angeblichen Fahrchein gedankenlos auf die Straße.

Vor der Apotheke entsetzte er, daß es sein letzter Fünfmarktschein war, den er an Stelle des nicht gelösten Fahrcheines weggegeben. Mit dem Kauf von Zynkali war es damit erledigt.

„Das Schicksal will nicht, daß ich mich vergifte“, flüsterte er abergläubisch vor sich hin und wandte sich langsam heimwärts. Ein Kramet hatte ihn der Welt, der Witwe Sollings und der Polizeischwäche zu weiteren Taten erhalten.